Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 113. Sonnabend, den 16. Mai 1914. 21. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Das große Problem.

Bei uns Sozialdemokraten steht es von jeher fest, daß die gesamten Gegner, mögen sie unter sich in noch so viel Parteien und Fraktiönchen gespalten sein, im Grunde doch nur eine reaktionäre Masse bilden. Wir haben dafür unsere theoretische wie praktische Begründung. Wir verstehen unter reaktionär alle diejenigen, die nicht ganz aufrichtig die volle Gleichberechtigung der Arbeiterklasse anstreben, und zwar Gleichberechtigung auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Die praktische Erfahrung jedes Tages aber lehrt uns, daß für soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung schlechterdings kein Anhänger einer bürgerlichen Partei zu haben ist. Höchstens für die politische Gleichberechtigung halten die Freisinnigen hin und wieder ein paar tönende Reden. Daß es ihnen aber selbst damit nicht ernst ist, lehrt das städtische Dreiklassenwahlrecht in Preußen, lehren die Wahlrechtsvorgänge in Lübeck, Bremen, Hamburg, Gera usw., deshalb nennen wir sie reaktionär.

Man weiß, wie heftig wir deswegen gescholten werden. Mit welcher Inbrunst sich die Liberalen bis einschließlich der Nationalen dagegen verwahren, reaktionär zu sein. Wie manches liebe Mal sie den Strich zwischen sich und den Konservativen oder dem Zentrum dicker zu ziehen bemüht sind, als zwischen sich und uns. Und doch beruht das immer nur auf polemischen Bedürfnissen des Augenblicks. Und doch kommen immer wieder Zeiten, wo das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit alle bürgerlichen Parteien durchströmt und sie eine gemeinsame Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie suchen läßt. So ist auch der Artikel zu verstehen, den Herr Erzberger kürzlich über „das große Problem" losgelassen hat. Man braucht Herrn Erzberger persönlich nicht allzu ernst zu nehmen. Ja man kann es nicht einmal. Dazu spielt er zu sehr den Hans Dampf in allen Gassen und man hat zu sehr das Gefühl, daß er nur schreibt, um zu schreiben. Sind es doch in der Tat auch nichts als hundertmal gehörte und längst abgestandene Phrasen, die er zum besten gibt. „Das größte Problem, das der inneren Politik des Reiches zur Lösung gestellt ist, ist die Zertrümmerung der gewaltigen Macht der Sozialdemokratie . . . Alle Streitfragen, welche die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit heute trennen, sind von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber dem, was bei weiterem Erstarken der Sozialdemokratie auf dem Spiele steht." Wie oft haben wir das schon gehört! Was hätte die Welt verloren, wenn es nicht zum soundsovielten Male gedruckt worden wäre? Aber gleichwohl findet dieser Phrasenschwall Beachtung. Die konservativen und nationalliberalen Organe greifen ihn auf und stimmen ihm zu, die freisinnigen bekämpfen ihn. Und diese Beachtung ist ein Zeichen dafür, daß das, was Herr Erzberger schreibt, im Fühlen und denken der bürgerlichen Politiker keineswegs erloschen ist.

Wichtiger aber als das, was sie schreiben und denken, ist das, was sie tun. Und da kommt gerade im selben Augenblick die Kunde aus Baden. Theoretisch gibt es bekanntlich keinen schärferen Gegensatz als den zwischen Zentrum und Nationalliberalen. Und zwar auch ganz speziell auf religiösem Gebiet. Hört man die Nationalliberalen reden, so sind sie die Engel des Lichts, die gegen die finstere Macht der Zentrumspfaffen und ihrer politischen Helfer ankämpfen müssen. Nicht selten haben sie sogar die Hilfe der Sozialdemokratie in diesem Kampf angerufen. Die geistigen Interessen, hieß es dann, müßten höher stehen als die materiellen. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Zuerst müßten die Gefahren bekämpft werden, die der deutschen Kultur und Gesittung, dem deutschen Geistesleben aus der religiösen Unduldsamkeit des Zentrums erwachsen; dann erst sei es Zeit, an Hebung der sozialen Lage zu denken. Nun hat es sich in Baden gerade um pfäffische Unduldsamkeit gehandelt. Und noch dazu in einem Lande und zu einer Zeit, wo die Nationalliberalen sich sowieso in scharfer Kampfstellung gegen das Zentrum befanden. Was aber geschah? Fast am selben Tage, an dem Herr Erzberger im „Tag" die Nationalliberalen anrief, an dem „großen Problem" der Sozialistenbekämpfung mitzuwirken, erschien im „Deutschen Kurier", dem gegenwärtig führenden Organ der Nationalliberalen, eine Meldung aus Baden, die den Verlauf der Dinge wie folgt schildert.

In Mannheim besteht eine große freireligiöse Gemeinde, die ihre Kinder, statt vom Pfaffen, von einem freireligiösen Prediger unterrichten läßt. Nun haben sich auch in Heidelberg, Pforzheim, Freiburg und anderwärts freireligiöse Gemeinden gebildet, die das gleiche beanspruchen. Das hat der Minister schroff zurückgewiesen, und hat zugleich erklärt, daß überhaupt keine freireligiösen Kandidaten mehr in die Lehrerseminare aufgenommen werden sollen. Welch eine herrliche Gelegenheit für die Nationalliberalen, eine Lanze zu brechen für Geistesfreiheit und Toleranz! Doch es kam anders. Es kam hinzu der Fall eines Volksschullehrers, der erklärt hatte, keinen Religionsunterricht mehr erteilen zu können, weil er an die Lehren der Religion nicht glaube. Im Zusammenhang mit all diesen Vorgängen brachte die Fortschrittspartei einen Antrag ein, welcher ein Gesetz forderte, wonach die Lehrer, die aus Gewissensbedenken keinen Religionsunterricht geben wollen, davon befreit werden sollen. Auch hiergegen wandte sich der Minister mit äußerster Heftigkeit. Er beharrte auf dem Recht, solch einen Lehrer kurzerhand zu pensionieren. Das äußerste an Gewissenszwang, was man sich vorstellen kann.

„Die Nationalliberalen", berichtet der „Deutsche Kurier", „waren gegen diesen Antrag". Und der „Deutsche Kurier" billigt ihre Haltung! Zwar gibt er zu, daß die Sache ihre Bedenken habe. „Denn liberal sein, heißt in erster Linie duldsam sein, und der bestehende Zustand und seine Anwendung durch den badischen Kultusminister ist die Unduldsamkeit." Aber das kann alles nicht helfen, der Einwand habe nur „etwas Bestechendes", könne aber nicht durchschlagen, denn die Folgen eines Gesetzes nach dem fortschrittlichen Antrag könnten „in gewissem Sinne verderblich für die Pflege des religiösen Lebens in der Volksschule sein.

Wo bleibt nun die Geistesfreiheit? Wo bleibt die Duldsamkeit, wo der Schutz deutscher Kultur und Gesittung gegen pfäffische Anmaßung? Sie alle wiegen federleicht gegen „die Pflege des religiösen Lebens in der Volksschule."

Wie man sieht, haben die Nationalliberalen „das große Problem" ganz gut begriffen, von dem Herr Erzberger spricht. Sie wissen ganz gut, daß sie innerlich mit dem Zentrum zusammengehören. Die Schlachtreihen ordnen sich immer klarer und immer näher rückt der Tag, an dem der Entscheidungskampf ausgefochten wird zwischen der Sozialdemokratie und der einen reaktionären Masse.

Äußere und innere Politik.

Die Sozialdemokratie hat oft schon erklärt, daß die auswärtige Politik nichts anderes sein kann, als eine Wirkung derjenigen Politik, die im Inneren getrieben wird. Diesen inneren Zusammenhang deuten auch die Dispositionen des Reichstags an, der regelmäßig den Etat des Auswärtigen Amtes und den Etat des Reichskanzlers in einer Folge behandelt. So wurde auch heute nach Erledigung des Etats des Herrn v. Jagow der Etat des Reichskanzlers erörtert. Herr v. Bethmann-Hollweg, der sich von den Beratungen wegen des Trauerfalls in seiner Familie noch fern hält, war in diesem Teil der Debatte durch den Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück vertreten, und — wie wir gleich hinzufügen wollen — durchaus angemessen und würdig vertreten! Besser hätte es der hohe Herr in Vertretung reaktionärer Politik auch nicht machen können!

In der Debatte über auswärtige Politik sprach heute zuerst Genosse Bernstein, der sich in der ganzen Betrachtung der Dinge von dem obersten Gesichtspunkt sozialdemokratischer Anschauung leiten ließ: es sind die Interessen der Völker und der Menschheit, die uns interessieren, während die Interessen der Regierungen und Staaten untergeordnet sind. In allen Teilen seiner Rede kam diese Grundanschauung zum Ausdruck, die der ganzen Behandlung eine große geistige und sittliche Überlegenheit gab. Von ihr waren die Proteste diktiert gegen die Greuel auf dem Balkan, und von ihr war auch der starke Friedenswille bestimmt, die die deutsche Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse aller Länder verbindet. Mit großem Nachdruck unterstrich Bernstein noch einmal die starke Sympathieerklärung, die Genosse Wendel gestern an die Adresse Frankreichs, des Frankreichs der Demokratie und der Arbeit, gerichtet hatte. Etwas skeptisch beurteilten der Nationalliberale Frhr. v. Richthofen und der Fortschrittler Dr. Heckscher das Wachsen der Friedensbewegung in Frankreich, die sie aber trotzdem feststellten und begrüßten.

In der Spezialdiskussion wandte sich Genosse Dr. Liebknecht gegen die Gleichgültigkeit, mit der das Auswärtige Amt den Fall des in einem russischen Irrenhaus verstorbenen deutschen Reichsangehörigen, des bekannten Revolutionärs Senna Hoy behandelt hatte. Genosse Liebknecht erörterte bei einem anderen Titel noch die Korruptionsaffäre, die die Firma Siemens-Schuckert in ihren japanischen Geschäftsbeziehungen, betrifft. Herr Bassermann protestierte natürlich gegen diese angebliche Schädigung deutscher Interessen.

Die innere Politik wurde vom Genossen Scheidemann in einer großen Rede, in einer der besten vielleicht, die dieser glänzende Redner der Sozialdemokratie jemals im Reichstag gehalten hat, einer erbarmungslos scharfen Kritik unterworfen. Der ganze reaktionäre Charakter, der die Politik der deutschen Regierung auszeichnet, fand in den Fragen allgemeiner Natur seine Würdigung, und es wurde wiederum festgestellt in dem Verhalten der Verwaltung und der obersten Behörden gegenüber den Gewerkschaften, den Genossenschaften und der von der Arbeiterklasse neugeschaffenen Versicherungsorganisation, der Volksfürsorge. Die Erledigung von Zabern in dem Straßburger Regierungswechsel und in den neuen Dienstvorschriften über das Eingreifen der bewaffneten Macht wurde zuerst besprochen. Das Haus, das mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners folgte, lauschte in atemloser Spannung, als die Rede zu einer gewaltigen Anklage gegen die Praxis der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Vereinsgesetzgebung wurde. Das an sich vielleicht den bürgerlichen Parteien etwas nüchterne Thema gewann selbst für sie steigendes Interesse, durch die leidenschaftliche Energie und durch die Überlegenheit des Vortrags und mehr noch vielleicht durch die großen Gesichtspunkte, die die ganze Rede in all ihren Teilen beherrschte. An der Regierungsbank wurde man nervöser und nervöser, und diese Nervosität steigerte sich zu einer aufgeregten Fassungslosigkeit, als Scheidemann den unerbittlichen dokumentarischen Beweis führte für die Teilnahme des preußischen Ministers des Innern und des Staatssekretärs des Innern an dem Komplott, das gegen die Volksfürsorge geschmiedet worden ist. Selbst die Zwischenrufe des Herrn Dr. Arendt, der sie gewiß geistreich gefunden hat, konnten den großen Eindruck der Rede nicht mindern, die unsere Genossen mit langem stürmischem Beifall lohnten.

Herr Dr. Spahn begnügte sich mit der Erklärung, daß das Streikpostenstehen im Interesse des Koalitionsrechts notwendig ist und daß im übrigen die Auslegung des Vereinsgesetzes Sache der Gerichte ist. Der Nationalliberale Schiffer-Magdeburg war im Anschluß daran der Meinung, daß man an der unparteiischen Sorgfalt der Gerichte nicht zweifeln dürfe!

Man war gespannt darauf, wie Herr Dr. Delbrück sich aus der mißlichen Situation retten würde. Er machte das nach dem üblichen Muster, indem er so oft es irgend ging, die Kompetenz des Reiches bestritt und alles auf die einzelstaatlichen Parlamente ablud. Im übrigen meinte er, die Gewerkschaften seien seit der Schaffung des Vereinsgesetzes eben auf das politische Gebiet getreten. Die unbequemen Dokumente aber über die Volksfürsorge, die seien natürlich entwendet gewesen, und er, der Staatssekretär, habe ja auch seine Pflicht getan, als er schließlich — nämlich als trotz allem nichts mehr zu machen war — die Bildung der Gesellschaft nicht gehindert. Und gleichfalls großem Beispiel folgend hielt er zum Schluß eine staatsretterische Rede gegen die Sozialdemokratie, indem er sich namentlich auf den Ruf Wendels „Vive la France" stützte, allerdings in einem völlig verkehrten Zusammenhang.

Nach Herrn Mumm, den man übergehen kann, kam Genosse Gradnauer zu Wort. Er stellte zunächst den wirklichen Zusammenhang fest, in dem Wendel jenen Ausruf getan hat, und den klaren unanfechtbaren Wortlaut. In Ausführungen von großer Schärfe und Präzision führte Gradnauer, gestützt auf ein unwiderlegbares Material, den Prozeß durch gegen die doppelte Praxis, die die Regierung den Organisationen der Arbeiterklasse und anderen Organisationen gegenüber befolgt. Das Material und die Anklage war erledigt, und der Staatssekretär begnügte sich auch in einer Replik, seinen Irrtum bezüglich des Wendelschen Zitats festzustellen, freilich nicht ohne hinzuzufügen, daß er seine übrigen Bemerkungen aufrecht erhalte, weil zweifellos mit einer bestimmten Absicht der Ruf von der Tribüne des Reichstags aus erhoben worden sei. Genosse Scheidemann erwiderte darauf kurz und schlagend, indem er wiederum konstatierte, wie absolut einwandfrei der Ruf Wendels gewesen ist und indem er an den ganz entsprechenden Ruf des Genossen Jaures in der französischen Kammer „Es lebe Deutschland" erinnerte. Zu den angeblich entwendeten Dokumenten erklärte Scheidemann in einer sehr witzigen Bemerkung, sie seien ihm im Saale des Reichstags von einem Kaiserlichen Beamten übergeben worden, und während das ganze Haus in größter Spannung dieser sensationellen Mitteilung folgte, fügte er hinzu, daß dieser Beamte — ein Briefträger war!

In der heutigen Sitzung soll die zweite Lesung des Etats zu Ende geführt werden.

Ein Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie.

Im Ausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer nahm das Zentrum gegen Sozialdemokraten, Liberale und Bauernbündler den Artikel 12 des Gemeinde-Beamtengesetzes an, der ein brutales verfassungswidriges Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie darstellt. Der Artikel 12, der vom bayerischen Städtetag in seiner letzten Tagung abgelehnt worden ist, lautet: Der Gemeindebeamte hat alle Obliegenheiten seines Amtes, den Gesetzen, Verordnungen, und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die dieses erfordert, würdig zu erweisen.

Was mit dieser Bestimmung gemeint ist, gab die Begründung der Regierungsvorlage: Für die Frage, ob sich ein Gemeindebeamter als Sozialdemokrat betätigen dürfe, ergibt sich, daß sich der Staatsbeamte durch eine solche Betätigung der Achtung unwürdig machen würde, die sein Beruf erfordert, und daß er deshalb disziplinarisch zu ahnden wäre. Das nämlich muß für die berufsmäßigen Gemeindebeamten gelten. — Das Zentrum gab dazu im Ausschuß eine Erklärung ab, in der die Staatsbeamten den Gemeindebeamten gleichgestellt werden. Aus dieser Gleichstellung folge, „daß die Fassung des Artikels 12 über die Obliegenheiten des Gemeindebeamten und dessen Verhalten in und außer dem Amte gleichlautend sein muß mit dem einschlägigen Artikel des Staatsbeamtengesetzes, sowie daß auch die Auslegung und Tendenz dieser Gesetzesbestimmung übereinstimme mit der des Staatsbeamtengesetzes. Diese Tendenz richtet sich gegen alle Bestrebungen, welche den Staat, die öffentliche Ordnung und die bürgerliche Gesellschaft bekämpfen. Wer hiernach in solchen Bestrebungen sich betätigt, sei es für sich allein oder in Verbänden, macht sich, ohne Rücksicht auf die politische Partei, der er etwa angehört, der Achtung unwürdig, die sein Beruf als Staatsbeamter erfordert. Das gleiche muß auch für die berufsmäßigen Gemeindebeamten verlangt werden."

Diese Berufung auf das Staatsbeamtengesetz, die das Zentrum jetzt wagt, ist um so schamloser, als damals bei der Schaffung des Staatsbeamtengesetzes die fragliche Bestimmung von der vorigen Regierung ausdrücklich dahin interpretiert wurde, daß die Betätigung in keiner politischen Partei dabei getroffen werden solle. Die neue verfassungswidrige Praxis wird jetzt also von dem Zentrum ausnahmegesetzlich festgelegt.

Die „Münchener Post" schreibt über diesen Beschluß unter der Ueberschrift „Ein Schandgesetz unter dem neuen König" wie folgt:

„Nach Ablehnung einer sozialpolitischen Maßnahme durch die Kammer des feudalen Kapitals folgt die Beseitigung der in der Verfassung betonten Gleichberechtigung der Staatsbürger durch Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie im Gemeindebeamtengesetz. Das homogene Ministerium bemüht sich, mit den staatsrechtlich verlotterten Nachfahren der ultramontanen Verfassungspartei um die Wette, immer breiteren Massen die Hohlheit eines monarchischen Systems klar zu machen unter dem das von ihnen kapitalistisch verfälschte Christentum zur Geißel aller wird, die nicht in die Sklavenhorde der christlichen Partei sich einkerkern lassen. Diesem Zwecke dienen sie damit, daß sie an Stelle eines allgemeinen Schandgesetzes kleine Schandgesetzchen schieben, nicht achtend der Tatsache, die sie aus der Geschichte des Kulturkampfes noch wissen müßten, daß der gerechte Haß gegen alle Unterdrücker eines der besten organischen Bindemittels ist."

Schon diese Ausführungen unseres Münchener Parteiblattes beweisen, daß dieser Artikel 12 zum Ausgang erbitterter politischer Kämpfe werden wird; behauptet doch in seinem schlechten Gewissen das Zentrum schon jetzt bei der Beratung des Artikels 12, daß die Sozialdemokratie gegen die Vorlage mit ihren 251 Artikeln Obstruktion treibe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

In der Freitagssitzung des preußischen Abgeordnetenhauses kam es zunächst zu lebhaften Erörterungen über den Neubau des Berliner Opernhauses. Diese Erörterungen, in die im Namen der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Adolf Hoffmann eingriff, endete damit, daß der Antrag der Budgetkommission, als erste Rate eine halbe Million Mark für den Neubau zu bewilligen, abgelehnt wurde. Dafür wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, den Entwurf nochmals durch Sachverständige nachprüfen zu lassen und, falls sie den Entwurf gutheißen, die Summe nochmals in einem Nachtragsetat zu fordern.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu sehr erregten Erörterungen über die Entschädigung der durch die Sturmfluten des letzten Winters schwer geschädigten Küstenbevölkerung der Ostseeprovinzen. Die Regierung hatte den keineswegs zu weit gehenden Beschlüssen der mit der Vorberatung dieser Angelegenheit betrauten Kommission ein starres Nein entgegengesetzt und wiederholte dieses Nein auch im Plenum. Die Konservativen und Freikonservativen waren zunächst bereit, sich dem Willen der Regierung zu fügen. Die Redner der Linken, unter ihnen der Genosse Braun, führten den Herren jedoch zu Gemüte, wie eine Ablehnung der Beschlüsse der Kommission auf die Bevölkerung der Ostseeprovinzen wirken müsse. Schließlich kam es dann auch zu einer einstimmigen Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Interessant war, daß die Konservativen auch in diesem Falle wieder einmal durch mehrfache Schlußanträge dem Genossen Braun das Wort abschneiden suchten, trotzdem sie selbst sehr ausgiebig zu Worte gekommen waren.

Kurze Anfrage im Reichstage.

Der nationalliberale Abgeordnete Bassermann hat folgende Anfrage gestellt: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, wie weit die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg über die gegenseitige Anrechnung der für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Deutschland und Luxemburg gezahlten Beiträge gediehen sind?"

Die Reichstagsersatzwahl in Stendal-Osterburg,

die gestern stattfand, hat folgendes Ergebnis gehabt: es erhielten Hösch (K.) 11 877 Stimmen, Wachhorst de Wente (NL.) 6 960 und Beims (SD.) 6 943 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Hösch und Wachhorst de Wente erforderlich. Bei der Wahl im Jahre 1912 wurden für den Konservativen 10 512, für den Nationalliberalen 8 621 und für unsern Genossen Beims 7 434 Stimmen abgegeben.

Zur Reichstagsersatzwahl in Koburg.

Die „Saalezeitung" erfährt aus Gotha, daß von nationalliberaler Seite eine gemeinschaftliche bürgerliche Kandidatur des zurückgetretenen Staatsministers v. Richter angestrebt werde. Die Verhandlungen schwebten noch. Die fortschrittliche Volkspartei hat den Präsidenten des Koburger Landtags, Fabrikanten Arnold, als Kandidaten aufgestellt.

Bei der Hauptwahl 1912 erhielten Stimmen: unser verstorbener Genosse Zietsch 6199, der jetzt zum Vorstand der Koburger Ministerialabteilung ernannte nationalliberale Kandidat Dr. Quarck 4740, der Fortschrittler Sarrer 3540. In der Stichwahl siegte Dr. Quarck mit 7960 Stimmen über unseren Genossen Zietsch, der 6998 Stimmen auf sich vereinigte.

Nachklänge von Zabern.

Der Redakteur Kaestle vom „Elsässer" hatte drei Rekruten des Infanterieregiments Nr. 99 in Zabern veranlaßt, ihm die bekannten Vorgänge in Zabern mitzuteilen und durch Unterschrift zu bestätigen. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Redakteur ein Strafverfahren wegen Verleitung zum militärischen Ungehorsam anhängig gemacht. Nunmehr ist dieses Verfahren gegen Kaestle eingestellt worden.

Der Schlosserlehrling Pormann hatte gegen den Leutnant Schadt eine Schadensersatzklage angestrengt, weil dieser ihm bei den Vorfällen in Zabern einen Zahn eingeschlagen hatte. Der Kläger hat sich jetzt mit einem Schmerzensgeld von 30 Mk. zufrieden gegeben.

Abänderung der Reichsverfassung.

Die Erhebung der Zölle und der indirekten Steuern erfolgt durch die Einzelstaaten, die dafür vom Reiche eine Entschädigung erhalten. Die an das Ausland grenzenden Bundesstaaten klagen seit langer Zeit darüber, daß die ihnen zugestandene Entschädigung nicht hinreiche, die entsprechenden Kosten zu decken. So behauptet z. B. Elsaß-Lothringen, daß es aus eigenen Mitteln 3 Millionen Mark im Jahre für das Reich zuzahlen müsse. Die Höhe der Summe erklärt sich daraus, daß dieser Bundesstaat eine lange Auslandsgrenze hat und deshalb ein besonders zahlreiches Zollpersonal unterhalten muß. Der Bundesrat hat deshalb einen anderen Entschädigungsmodus festgesetzt, der aber nur im Wege einer Abänderung der Verfassung durchgeführt werden kann. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichstag im Herbst zugehen.

Reaktionäre Verdächtigungen.

Der glänzende Wahlsieg unserer französischen Genossen hat die deutschen Reaktionäre ebenso empfindlich enttäuscht, wie ihre französischen Gesinnungsfreunde. Das ist keineswegs erstaunlich! Unsere Alldeutschen hatten sich so sehr daran gewöhnt, die angebliche Uebermacht des Chauvinismus in Frankreich als ihr bequemstes Argument anzuführen, daß ihnen der Triumph des Friedensgedankens in der Republik höchst unangenehm ist. Das erklärt auch die kleinliche Polemik, die jetzt in der reaktionären deutschen Presse gegen die siegreiche französische Sozialdemokratie gerichtet wird und die es fertig bringen soll, den Sieg zu verunglimpfen und zu besudeln. Ein Muster solcher Polemik findet sich in der „Deutschen Tageszeitung" vom 13. Mai (Morgenausgabe). Einige der Angriffe, die dort gegen unsere französischen Genossen vorgebracht werden, sollen hier kurze Behandlung finden. Nicht als ob sie besondere Wichtigkeit besäßen! Aber weil immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß solche Anwürfe den Gang durch die deutsche Presse nehmen und uns in künftigen Kämpfen noch begegnen. Das Blatt des Herrn Dr. Oertel erzählt beispielsweise, der im Departement Hérault gewählte Sozialdemokrat Barthe habe einmal ein Weihwasserbecken in nicht wiederzugebender Weise besudelt. Genosse Barthe hat diese unerhörte Verdächtigung längst zurückgewiesen. Ebenso ist das Märchen zu bewerten von den Sozialdemokraten, die nur von Klerikalen und Reaktionären gewählt seien. Dieses Märchen wird aber ganz besonders über Barthe verbreitet, den angeblich der Bischof von Montpellier selbst — trotz jenes erwähnten Vorwurfs — zur Wahl empfohlen habe. Barthe hat dagegen protestiert und der Bischof selber hat das törichte Gerede klipp und klar dementiert, das aber zu durchsichtigen Zwecken weitergetragen wird. Sehr interessant zur Beurteilung solcher Angriffe ist die Tatsache, daß drei Tage vor der Hauptwahl die Partei den früheren Abgeordneten Myrens in Boulogne-sur-Mer von der Kandidatenliste strich, weil er in seinem Wahlkampf den Klerikalen und Antisemiten bedenkliche Konzessionen gemacht hatte. Myrens unterlag. Die französische Sozialdemokratie verdankt ihren Sieg der Entschlossenheit und Klarheit ihres Kampfes.

Österreich-Ungarn.

Der Prager Prozeß des Polizeispitzels Sviha. Die Witwe des Hofrates Woldan, die als Stenotypistin bei der Prager Polizei beschäftigt war, hat der Tschechenpartei verraten, wie in der weiteren Verhandlung festgestellt wurde, daß der im Dienste der Polizei stehende Spitzel Wiener und Sviha dieselbe Person sei und für 800 Kronen monatlich der politischen Polizei Geheimberichte liefere. Auch der Abg. Dr. Kramarcz schilderte ausführlich die Entlarvung Svihas. Der Zeuge Pastika bekundete: Der Polizeikommissar Klima habe einen Detektiv nach der Wohnung „Wieners" geschickt, um „Abgeordnetenzigarren" zu holen, d. h. Zigarren, wie sie die Tabakregie nur den Mitgliedern des Reichsrats liefert. Der Detektiv habe, da Sviha nicht anwesend war, von dessen Frau die Zigarren mit den besten Empfehlungen für den Polizeikommissar erhalten.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich. Das Hervesche Blatt „La Guerre sociale" stellt fest, daß bei den Kammerwahlen die Anhänger des Dreijahrgesetzes 74 Mandate verloren haben, die in den Besitz von Anhängern der zweijährigen Dienstzeit übergegangen sind. Die Verteidiger der zweijährigen militärischen Dienstzeit verloren dagegen nur 24 Sitze in der Kammer. Das Endresultat ist also ein Gewinn von 50 Sitzen für die Anhänger der zweijährigen Dienstzeit.

Rußland.

Der 1. Mai in Rußland. Am 14. Mai (dem 1. Mai russischen Stils) feierten in den Petersburger Fabriken, darunter in den Putilow- und den Obuchowwerken und einer Anzahl kleiner Betriebe etwa 50 000 Arbeiter. Bei der Unterdrückung von Versuchen zu Kundgebungen wurden mehrere Arbeiter verhaftet. Dazu wird noch aus Petersburg gemeldet: Der am 1. Mai ausgebrochene Streik umfaßte auch die Französisch-russische Waggonfabrik Skorohod Aiwaz. Alle Angestellten in den Bäckereien und Druckereien und die Mechaniker und Elektriker streiken. Nach den amtlichen Feststellungen streiken 130000 Mann. Der Versuch einer Riesenkundgebung wurde durch die Polizei „unverzüglich" unterdrückt. In Reval streikten 5870 Arbeiter. Aus Nishninowgorod wird gemeldet, daß die Arbeit in den Fabriken in Sormovo ruhte, 9000 Arbeiter streikten. In Kiew fand in vielen Fabriken und Druckereien ein vollständiger oder teilweiser Streik statt. Die Abendblätter sind nicht erschienen. Die Mehrzahl der Morgenblätter kann am 15. Mai nicht erscheinen. In Odessa wird in vier Zeitungsbetrieben gestreikt. In Tiflis ruhte die Arbeit in mehreren Fabriken, es streikten etwa 3000 Arbeiter. In Moskau wurde in 23 Fabriken und 27 Druckereien gestreikt sowie in 12 andern Betrieben. Der Ausstand umfaßte 22 000 Arbeiter. Die Ordnung wurde am 1. Mai im Reich nirgends gestört.

Mexiko.

Die Kämpfe um Tampico. Die Einnahme der wichtigen mexikanischen Hafenstadt Tampico durch die Rebellen wird bestätigt. Ein offizieller Bericht des konstitutionalistischen Gouverneurs von Matamoros zu dem am Mittwoch abend erfolgten Falle Tampicos besagt: Am Montag abend wurden 10 Kanonen und 14 Maschinengewehre vor Tampico aufgestellt, am Dienstag wurde das Feuer eröffnet. Das Geschützfeuer der Bundestruppen war unwirksam. Zwei Schiffe konnten während des Kampfes in den Panucofluß einfahren. Bei dem letzten Angriff auf die Stadt flüchteten die Bundestruppen, von den Insurgentengeneralen Caballero und Gonzales verfolgt. Die Häuser von Tampico sind kaum beschädigt worden, ebensowenig die Oelländereien. Demgegenüber meldet der Neuyorker Herold, daß die Stadt beinahe dem Erdboden gleich gemacht worden ist. Was von dem Geschützfeuer noch verschont geblieben ist, haben die Flammen vernichtet. Auf konstitutionalistischer Seite kämpften 7000 Mann, dreihundert wurden getötet. Die Ausländer werden aufgefordert, zurückzukehren und ihre Geschäfte wieder aufzunehmen. Der Insurgentengeneral Gonzales schätzt die Verluste der Bundestruppen auf 280 Tote und 600 Verwundete, die der Insurgenten auf 34 Tote und 128 Verwundete. Ausländer seien weder getötet noch verwundet worden.

Der Vormarsch der Rebellen auf die Stadt Mexiko wird nach dem Fall Tampicos sofort erwartet, so daß die Einnahme der Hauptstadt nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte. Auch werden die Rebellen binnen weniger Tage die Oelstadt Turpan besetzen. Das Kriegsschiff der Regierung, „Veracruz", folgte den fliehenden Kanonenbooten nicht. Daher wird angenommen, daß das Kriegsschiff von den Konstitutionalisten genommen ist. Die Konstitutionalisten wollen sofort das Zollhaus von Tampico eröffnen, um sich die Einnahmen zu sichern. Mit der Einnahme von Tampico sichern sich die Rebellen die Waffeneinfuhr aus Europa. Das nächste Ziel ihrer Truppen ist Saltillo, gegen das Villa von Norden her mit 15 000 Mann anrückt; von Tampico aus marschieren die Generale Gonzales und Caballeros auf Saltillo. Von dort wird sich der Vormarsch der Rebellen nach San Luis Potosi richten und innerhalb Monatsfrist werden sie vor der Stadt Mexiko stehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 16. Mai.

Erklärung.

Die Ortsgruppe Lübeck des Kartells der Bühnenangestellten, nämlich: Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (Ortsverband Lübeck), Allgemeiner Deutscher Chorsänger-Verband (Ortsverband Lübeck), Allgemeiner Deutscher Musiker-Verband (Lokalverein Lübeck), verbreiten in Lübeck eine Broschüre, in der der Vorwurf der wirtschaftlichen Schädigung der Künstler durch eine leichtfertige und unfähige Kritik in der lübeckischen Presse erhoben wird. Dieser Vorwurf ist so schwer, daß die Unterzeichneten sich gezwungen sehen, ihre Besprechungen der Veranstaltungen, an denen die genannten Verbände teilnehmen, einzustellen, solange nicht unter Namensnennung öffentlich erklärt wird, gegen wen er gerichtet ist.

Lübeck, 15. Mai.

Otto Anthes.	Camillo Munck.
Ernst Häßler.	Steinböhmer.
J. Hennings.	Dr. Schlodtmann.
M. Koblinsky.	M. Stiehl.
Dr. W. A. Kranmhals.	Zschiedrich.
Paul Löwigt.	

Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Der Senat verordnet: Der § 5 der Verordnung vom 8. November 1902 zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1900, betr.

treffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, erhält folgende Fassung: Bedingt taugliches Fleisch, das zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht ist, sowie Fleisch der im § 4 bezeichneten Art ist, soweit es von Tieren stammt, 1 die auf dem öffentlichen Schlachthofe geschlachtet sind oder dem Beschaubezirk Lübeck angehören, auf der Freibank des Schlachthofes zu verkaufen. Der Verkauf darf nur zum Verbrauch im eigenen Haushalte des Erwerbers oder an solche Gast-, Schank- oder Speisewirte erfolgen, denen eine Genehmigung gemäß § 11 Abs. 2 des Reichsgesetzes erteilt ist. In den Landgemeinden und den durch das Gesetz vom 13. November 1912 in die Stadtgemeinde Lübeck eingemeindeten Gebieten mit Ausnahme der Vorstädte Krempelsdorf und Vorwerk, die infolge von § 10 des Gesetzes vom 13. November 1912 zum Beschaubezirk Lübeck gehören, ist das im Absatz 1 bezeichnete Fleisch nach jedesmaliger Anweisung und unter Aufsicht des Polizeiamts zu verkaufen, soweit nicht die Freibankordnung Ausnahmen zuläßt.

Statistische Jahresübersicht über die Stadt Lübeck im April 1914. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amts am 31. März 1914 113 968 Einwohner. Im April kamen 94 durch Geburtenüberschuß und 440 durch Wanderung hinzu, so daß unsere Einwohnerzahl um 534 zunahm und am 31. April 114 502 (113 369) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	97	(130)	10,3	(14,0)
Geburten	250	(239)	26,6	(25,7)
Sterbefälle	156	(150)	16,6	(16,2)

Die Eheschließungen nahmen also gegen 1913 um 33 ab, die Geburten dagegen um 11 und die Sterbefälle um 6 zu. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich darnach auf 94 (89) Köpfe. Unter den Geborenen waren 33 oder 13,2 Proz. (26 oder 10,9 Proz.) unehelich und 7 oder 2,8 Proz. (6 oder 2,5 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen stellte sich in 33 (36) Fällen auf unter 1 Jahr und in 35 (36) auf über 70 Jahre. Todesursache war in 14 Fällen Lungenschwindsucht, in 13 Fällen Krebs und in je 12 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane und Lungenentzündung. Ansteckenden Krankheiten erlagen 8 Personen, je 3 starben an Diphtherie und Scharlach und je 1 an Kindbettfieber und Typhus. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 61 gemeldet, 27mal Scharlach, 18mal Diphtherie, 7mal Typhus, 6mal Masern und 3mal Wochenbettfieber. Gewaltsamen Todes starben 10 Personen und zwar 4 durch Selbstmord und 6 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung schloß mit einem Gewinn von 440 Personen ab, 2769 Zuzügen standen 2329 Abzüge gegenüber.

b. **Dritte Strafkammer** am 16. Mai. Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Wegen schweren Sittenverbrechens an seiner eigenen Tochter wurde der schwedische Arbeiter Petersen vor mehreren Jahren zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Nachdem der Angeklagte ¾ Jahr Strafhaft verbüßt hatte, stellte sich heraus, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, der durch schwere Trunksucht zu Delirien, Sinnestäuschungen und Wahnvorstellungen kam, die auch zu dem schweren Verbrechen führten. Er bildete sich ein, daß die Leute ihn verderben und elektrische Drähte ins Haus legen wollten, um ihn zu vernichten. Petersen kam in die Irrenanstalt, wo er jetzt nach vierjährigem Aufenthalt als geheilt entlassen wurde. Es handelte sich bei dem Wiederaufnahmeverfahren darum, ob der Angeklagte bei Begehung der Tat schon geisteskrank war oder ob er nur im Suff gehandelt hat. Jedenfalls führte weder er noch die geplagte Ehefrau diese Entlastungsgründe ins Feld, obwohl P. vom Kreisphysikus ein Jahr vorher schon für geisteskrank erklärt worden war. Die Ehefrau wahrscheinlich deshalb nicht, weil sie froh war, den Trinker loszuwerden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Wattenberg, der die Geisteskrankheit damals als vorliegend erachtete, wird der Angeklagte heute im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. — Eine alte Jungfer, die bereits wegen Zusammenstehlens einer halben Aussteuer in einem Hotel eine längere Freiheitsstrafe verbüßte, stahl im Martaheim ein weißes Spitzenkleid. Dafür beantragte der Erste Staatsanwalt 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht sah der Bagatelle wegen und weil auch weiter kein Schaden entstanden war, von einer Zuchthausstrafe ab und sprach 6 Monate Gefängnis aus.

Telegraphenarbeiter als Drahthändler. Die reichen Vorräte an verbrauchtem Blei und Draht im Postkeller verführten den Materialverwalter T. in Gemeinschaft der Telegraphenarbeiter W. u. Q., sowie des Postboten Th. und des Glasergesellen D. dazu, sich einen strafbaren Nebenerwerb zu verschaffen. Der Materialverwalter will durch Q. darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß man sich leicht jede Woche einen Taler verdienen könne, wenn man das Altmetall noch einem Produktenhändler R. an der Wakenitzmauer bringe. Ein nicht auffallender Eingang sei auch vom Kanal aus; der Mann schreibe den Namen nicht ein. Das ließ sich T. nicht zweimal sagen, er lud einen Wagen voll Blei auf, doch bekam Q. vom Erlös nichts ab. Unter dem vielsagenden Namen Schulze wiederholte der Materialverwalter seine Besuche 4—5mal und brachte Blei und Kupferdraht zum Teil sogar während der Arbeitszeit. Dem Produktenhändler M. wurde auch etwas verkauft. W. Th. und D., der als Fensterputzer Einblick in den Kram erhielt, waren mehr oder weniger an dem unreellen Handel beteiligt, nur bestreitet der Angeklagte Q. seine Teilnahme, obwohl er von zwei Seiten beschuldigt wird. Er soll sogar gesagt haben, man hätte es längst machen müssen, dann würde jeder ein paar hundert Mark auf der Kasse haben. Als die Geschichte brenzlig wurde, ging T. zu der Frau des Produktenhändlers R. und versprach dieser Unterstützung, wenn ihr Mann den Namen verschweigen würde, damit er seine Stellung behalte. Auch der Aufwartefrau, die sein jeweiliges Kommen gewahr wurde, versprach T. 20 Mark Schweigegeld. Beide lehnten jedoch ab. Insgesamt sind für etwas über 100 Mark Altsachen gestohlen. In den schweren Verdacht, bewußt und gewerbsmäßig das Diebesgut angekauft zu haben, sind nun die Produktenhändler M. sowie R. und Frau geraten und angeklagt. Insbesondere wird R. als Verdachtsmoment zugeschoben, daß er einmal von einem Hartmann Kupferdraht gekauft, statt dem angegebenen Namen aber Möller eingetragen haben soll. Auch ein flüchtig gewordener Maschinist Sch., der dem R. 389 Pfund von der Ueberlandzentrale gestohlenes Kupfer und 170 Pfund Messing brachte, spricht zuungunsten R.s, denn dieser war bei der Frau des Flüchtigen und soll sie zu beeinflussen gesucht haben. Außer Q., der kurz vor seiner Anstellung als Landbriefträger stand, wurden alle sofort vom Postdienst entlassen. Q. deshalb nicht, weil er seinen Vorgesetzten gegenüber erklärt habe, daß seine Bemerkungen über Altmetallverkauf nur scherzend gefallen seien. Der Erste Staatsanwalt hält den Produktenhändler R. für einen gemeingefährlichen Menschen, der auf lange Zeit unschädlich gemacht werden müßte. Er beantragte gegen ihn 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen die Ehefrau wegen Beihilfe 6 Monate Gefängnis und gegen den Produktenhändler M. 1 Jahr Zuchthaus. Der hohen Strafen wegen wurde für R. und M. sofortige Verhaftung beantragt. Mit je 6 Monaten Gefängnis soll T. und Q., mit 3 Wochen W. und Th., mit 1 Monat der Glaser D. bestraft werden. Das Urteil ergeht dahin: Der Produktenhändler R. erhält 1½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, die Ehefrau 4 Monate Gefängnis. Dem Produktenhändler M. war die gewerbsmäßige Hehlerei nicht nachzuweisen, er wird zum drittenmal von dieser Anklage freigesprochen. Wegen Diebstahls erhielt T. 2 Monate, Q 6 Wochen, D. 3, Th. und W. je 2 Wochen Gefängnis. R. wird in Haft behalten.

Trave-Dampfschiffahrt. Wie aus der Annonce ersichtlich, beginnt obige Gesellschaft am Sonntag ihren regelmäßigen Dienst, welcher wohl schon von manchem mit Sehnsucht erwartet wird, da eine Wasserfahrt doch ihre Reize hat. Vielfachen Wünschen entsprechend hat sich die Betriebsleitung veranlaßt gefühlt, an Sonn- und Festtagen Extrafahrten nach dem hübsch gelegenen „Waldkater" zu unternehmen. Ferner fahren stündlich Dampfer von der Holstenbrücke nach Lütt („Walkmühle") und zurück.

Sommertheater in Fritz Rittschers Hansa-Theater, Dir. Ernst Albert. Morgen, Sonntag, findet die Eröffnungsfeier statt und bringt uns die erste Woche gleich eine Uraufführung „Rin ins Vergnügen", eine Lustspielnovität „Majolika", einen Schwankabend „Ein toller Einfall" und den Operettenschlager „Fil. Trallala", so daß jeder Geschmacksrichtung Rechnung getragen wird.

Das Museum für Kunst- und Kulturgeschichte eröffnet in der ehemaligen Kirchlichen Halle am heutigen Tag eine Ausstellung von graphischen Arbeiten der Vereinigung Norddeutscher Künstler. Die Ausstellung wird bis Anfang Juni geöffnet sein täglich von 10—3 Uhr gegen 50 Pfg., Donnerstags von 4—6 und Sonntags von 11—4 Uhr unentgeltlich.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Der Tag der Eröffnung der Spielzeit ist da. Zur Aufführung gelangt die Novität „Wenn der Frühling kommt". Die erste Wiederholung findet gleich am Sonntag, d. 17., statt. Montag ist die erste Aufführung des ungemein lustigen Schwankes „Der ungetreue Eckehart", der Schwank, der von allen Bühnen erworben ist, übertrifft an Witz und Situationskomik noch die „Spanische Fliege", ist bei aller Drastik dezent und logisch aufgebaut, und hat außer in Hamburg und Berlin in allen Großstädten das Publikum entzückt. Mittwoch bringt uns Lehars ausgezeichnete Operette „Der Rastelbinder" das erste Auftreten des Direktors Viktor Horwitz, dem auch als Darsteller komischer Rollen ein ausgezeichneter Ruf vorausgeht.

---

f. **Stockelsdorf.** In der Gemeindevertreter-Sitzung erläuterte Herr Diplom-Ingenieur Voigt-Eutin das Projekt der Ortsleitung für elektrisches Licht. Dem Vortrage, der belehrend und geschickt gehalten war, ist zu entnehmen, daß bei dem jetzigen Stand der Abnehmer für Licht und Kraft die Gemeinde keinen Schaden haben wird. Außer der Dorfschaft Eichhorst haben sämtliche Dorfschaften sich bereit erklärt, Licht und Kraft von der Gemeinde zu beziehen. Der vom Landesverband vorgelegte Vertrag wurde einstimmig angenommen. Die Lehrerwohnungen in sämtlichen Schulen erhalten ebenfalls elektrisches Licht, außerdem das Armenhaus und das Rathaus. Die Wahl von zwei Landesausschußmitgliedern und zwei Ersatzmännern zeitigte folgendes Resultat: als Landesausschußmitglieder wurden Fick und Bull, als Ersatzmänner Nickel und Joh. Stuhr gewählt. Die Ablegung der Jahresrechnung 1913 wurde dem Gemeinderechnungsführer bis zum 1. August ds. Js. befristet. Aus den Regierungsverfügungen ist hervorzuheben, daß die Gemeinde für das laufende Jahr rund 1500 Mk. Staatssteuern an den Landesverband abzuführen hat.

w. **Mölln.** Zur Stadtverordnetenwahl. Ueber allen Wipfeln ist Ruh, wenigstens in der Oeffentlichkeit. Dabei kritisiert man aber am Biertisch unsern vorigen Artikel zur Stadtverordnetenwahl um so lebhafter und wir haben die Genugtuung, daß neben vielen Gegnern — was wir diesen Leuten gar nicht verdenken —, auch Bürger auftreten, die unserer Ansicht zustimmen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir an der Person des Kandidaten des Alten Bürgervereins nichts auszusetzen haben, was wir kritisierten, war dessen Aufstellung durch den Alten Bürgerverein. Es ist hier nicht der Ort, um uns mit dem Alten Bürgerverein resp. dessen Wortführern auseinanderzusetzen, dies wird vielmehr in einer Wählerversammlung am 21. Mai abends 8 Uhr im „Lübecker Hof" geschehen, zu welcher der Kandidat des Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Wagner, das Referat übernommen hat. Bemerken wollen wir hier nur, daß es nach der Taktik, die man im Alten Bürgerverein treibt, kommen muß, daß sich Leute aus dessen Mitgliederkreis zu einer Kandidatur nicht mehr hergeben. Ein Stadtverordnetenmandat wird unseres Erachtens nicht dadurch ausgeübt, daß man die Anträge des Magistrats nur deswegen bemängelt, weil sie vom Magistrat resp. Bürgermeister kommen, sondern daß man diese Anträge dahin prüft, ob sie zum besten der Kommune, zum besten der Allgemeinheit wirken können. Soviel für heute! — Die Kanalisationsarbeiten nehmen ihren schleppenden Fortgang. In der Grubenstraße stößt man auf gewaltige Hindernisse; große Steine und alte Pfähle müssen für den ungefähr vier Meter tiefen Leitungsschacht herausgeholt, Wasser bei der Tiefenlage der Straße durch anhaltendes Pumpen beseitigt werden. Die Arbeiten werden durch fremde Arbeiter, meistens Polen, ausgeführt, hiesige Arbeiter trifft man nur vereinzelt. Die hiesigen Arbeiter behaupten, daß es bei den Lohnzahlungen zu Streitigkeiten wegen der Bezahlung der geleisteten Stunden kommt und bei Verlassen der Arbeit Streitigkeiten wegen der Krankenkassen- und Altersversorgungspapiere entstehen. Den Arbeitern werden diese Beiträge bei den Lohnzahlungen regelmäßig abgezogen und in den Papieren sollen hernach diese Abzüge nicht voll verwendet sein. Wie wir hören, klagt auch der Krankenkassenvorstand über laxe Einzahlung der Beiträge sowie über laxe Anmeldung der Arbeiter. Diesen ständigen Klagen der Arbeiterschaft gegenüber verweisen wir auf ein Urteil des Landgerichts Freiberg, das dieser Tage vom Reichsgericht bestätigt worden ist, nach welchem ein Arbeitgeber, der den Arbeitern diese Beiträge zwar abgezogen, aber nicht ordnungsmäßig an die Kassen ablieferte und so die Kassen um erhebliche Beträge geschädigt hatte, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die Nichtbeschäftigung der hiesigen Arbeiter mutet befremdlich an. Wenn auch augenblicklich, veranlaßt durch den Bau der Kaserne für die Unteroffiziervorschule sowie Legung des Ortskabels für die Leitung der Ueberlandzentrale Arbeit vorhanden ist und bei diesen Arbeiten hiesige Arbeiter beschäftigt sind, fällt bei den Kanalisationsarbeiten die vorzugsweise Beschäftigung fremder Arbeiter doch auf und dies scheint denn nach dem Vorhergesagten seine Ursachen in den angeführten Maßnahmen zu haben. Die städtische Kommission, unter deren Leitung diese Arbeiten ausgeführt werden, sollte auf diese Nichtbeschäftigung hiesiger Arbeiter einmal ihr Augenmerk richten.

Hamburg. Aus der Bürgerschaft vom Mittwoch, 13. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß unser Genosse Eli Saalfeld aus Gesundheitsrücksichten die Entlassung aus der Bürgerschaft nachgesucht habe. An seiner Stelle wird Genosse Wiesmer (Bergedorf) in die Bürgerschaft eintreten. Zu einer längeren Debatte kam es bei der Beratung des Ausschußantrages Dr. Petersen (V. L.) und Genossen, betreffend Festsetzung von Gebühren für den Geschäftsbetrieb der gewerbsmäßigen Stellenvermittler folgende Bestimmung aufgenommen wird: „Wer, entgegen dem Sinne des Reichsgesetzes vom 2. Juni 1910, die volle Gebühr für die Stellenvermittelung nur von einer Partei erhebt, wird mit Ordnungsstrafe und im Wiederholungsfall mit Entziehung der Erlaubnis zum Gewerbebetriebe als Stellenvermittler bestraft." Dann werden vom Ausschuß bestimmte Gebührensätze für die Stellenvermittelung vorgeschlagen, über die hinaus nicht gegangen werden darf. Das neue Gesetz soll also nicht nur bezwecken, daß der allein auf seine Arbeitskraft angewiesene Stellensuchende von ungebührlicher Belastung durch zu hohe Vermittelungsgebühren geschützt wird, sondern auch die Unternehmer davor bewahren, daß sie bei Anstellung von Arbeitskräften die volle Vermittelungsgebühr entrichten müssen. Das letztere zu verhüten, war man im Ausschuß redlich bemüht. Und was nun die Herabsetzung der Gebühren betrifft, so wollte man davon nichts wissen. Wie dringend erforderlich eine andere Festsetzung der Gebühren ist und das nicht allzuviel Rücksicht auf die gewerbsmäßigen Stellenvermittler genommen zu werden braucht, wies Martens (V. L.) an folgendem Beispiel nach: Ein armes Dienstmädchen mußte für eine Stellung mit 25 Mark Monatsgehalt eine Gebühr von 6 Mark und außerdem noch 6 Mark Auslagen an den Vermittler zahlen. Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Wenn so auf die skrupellose Ausbeutung der Stellensuchenden sich die Existenz eines Teils des Mittelstandes gründet, dann muß diesem ohne weiteres die Existenzberechtigung abgesprochen werden. Genosse Groth betonte, daß das Gesetz doch hauptsächlich ein Arbeiterschutzgesetz sein sollte, im Ausschuß aber habe man versucht, ein Unternehmerschutzgesetz daraus zu machen. Dafür seien unsere Genossen nicht zu haben, wohl aber für eine Festsetzung der Gebühren, wie sie in den Ausschußanträgen vorgesehen ist. Aus der langen Debatte ist schließlich nichts weiter herausgekommen, als daß die Ausschußanträge abgelehnt wurden. Damit ist auch das ganze Gesetz verworfen. — Die vom Senat und Ausschuß beantragte staatliche Beihilfe für die Stadttheater-Gesellschaft wird genehmigt. Für das Orchester wurden jährlich 30 000 Mk. bis 1. August 1917, für den Franz Liszt-Pensionsverein der Orchestermitglieder des Stadttheaters 10 500 Mk. jährlich bewilligt. Dem Verein für Krüppelfürsorge wird eine jährliche Beihilfe von 6000 Mk. für die Jahre 1914, 1915 und 1916 gewährt.

Altona. Die Gartenbau-Ausstellung wurde gestern eröffnet. Es war eine ganze Reihe geladener Gäste dazu erschienen, an die Oberbürgermeister Schnackenburg eine Rede hielt, auf die der Oberpräsident der Provinz, v. Bülow, erwiderte. Von der Hohenzollernfamilie war niemand erschienen. Der byzantinische Schwindel, um dessentwillen die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Beteiligung abgelehnt hatten, hat also nicht einmal die erhoffte Gegenliebe gefunden. Oberbürgermeister Schnackenburg blieb daher nichts übrig, als seine Ergebenheitsbeteuerungen drahtlich nach Potsdam zu senden — auf Stadtkosten selbstverständlich. Auf Stadtkosten ging auch das Festessen, zu dem man sich danach zusammenfand. Reichlich wäre dabei das reizvolle Schauspiel zustande gekommen, die erstklassigen Wähler Altonas von der bekannten Seite an den Ehrentafeln der Stadt zu sehen. Es kursierte eine unerhörte Geschichte in Altona, wie dies Malheur in letzter Stunde verhindert wurde. Von der Satire dieser Eröffnungsfeier abgesehen, präsentiert die nun eröffnete Ausstellung sich als ein wohlgelungenes Unternehmen, das in rastloser Arbeit zustande gebracht wurde. Besonders in der letzten Nacht war noch Erstaunliches geleistet worden. Ganz vollendet wird die Ausstellung allerdings erst in einigen Tagen sein und ihre höchste Schönheit wird sie in den Tagen der Rosenblüte entfalten. Aber auch jetzt schon gibt es auf dem ausgedehnten Gelände eine Fülle zu sehen.

Kiel. Von Hunden angefallen und getötet. Ein trauriges Ende hat hier ein Dienstmädchen gefunden, das vor einigen Tagen von zwei großen Hunden auf der Straße angefallen wurde und derartige Verletzungen davongetragen hat, daß es, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, heute gestorben ist.

Plön. Ein größeres Feuer brach in der Nacht zum Donnerstag gegen 12 Uhr in der Bäckerei des Bäckermeisters Harbrecht aus. Von dem Backhaus sprang das Feuer auf den Getreidespeicher und die Stallungen über. Alle Gebäude wurden bis auf die Ringmauern zerstört. Nach langer Arbeit gelang es der Feuerwehr, die stark gefährdeten Nachbargebäude zu halten. Der Brandschaden ist sehr groß.

Letzte Nachrichten.

Tragödie eines Oberlehrers. In Hirschberg in Schlesien hat sich ein tragischer Vorfall abgespielt. Der Oberlehrer der dortigen Oberrealschule Dr. Timme erschoß seine krebsleidende Frau auf deren Wunsch und jagte sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe. Schwerverletzt wurde er in das Krankenhaus eingeliefert.

Ein Kriegsveteran verhungert. In Battenberg in der Provinz Hessen-Nassau ist der Arbeiter Ernst Bode, ein Kriegsveteran von 1871, auf freiem Felde verhungert aufgefunden worden. Er wurde seit 14 Tagen vermißt. Jetzt haben Spaziergänger seine Leiche gefunden. Bode lebte in den ärmlichsten Verhältnissen.

Wurstvergiftungen in Heidelberg. Im Heidelberger Lehrerseminar erkrankten acht Seminaristen nach dem Genuß von Preßkopf an Wurstvergiftung. Fünf von ihnen sind so schwer erkrankt, daß sie in das akademische Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Fliegerunfall. Bei einem Uebungsfluge in Darmstadt ist Leutnant Carganico aus beträchtlicher Höhe senkrecht abgestürzt. Er hat einen Oberschenkelbruch und einen Beinbruch erlitten. Der Verletzte wurde nach dem Militärlazarett übergeführt.

Ein Oel-Lager in Flammen. Oileity, die riesige Pumpenanlage der Standard Oil Company in Unionville im Staate Newporte (Amerika), steht seit gestern früh in Flammen. Bisher sind zwei je 80 000 Barrels fassende Tanks explodiert. Soweit bekannt ist, hat das Feuer keine Opfer an Menschenleben gefordert.

Brand des kaiserlichen Theaters in Moskau. Das kaiserliche Kleine Theater in Moskau sowie die daneben liegende Alexander-Passage sind durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Eine Explosionskatastrophe in Michigan. Die mexikanischen Crude-Rudder-Works sind, wie aus Detroit gemeldet wird, durch eine Gasolinexplosion vollständig zerstört worden. Zwölf Personen wurden getötet und viele schwer verletzt.

Briefkasten.

K. G. Gleiche Bettelbriefe wie Du haben auch die Mitglieder unserer Redaktion sowie eine ganze Anzahl von Parteigenossen erhalten. Wir haben den Inhalt nicht zurückgeschickt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HERREN-ANZÜGE

Durch eine aussergewöhnlich günstige Einkaufs-Gelegenheit in Herren-Anzügen sind wir in der Lage, für den Pfingstbedarf

sensationell billig anzubieten:

EIN POSTEN
Herren-Anzüge
aus neuesten kleinkarierten u. dezent gestreiften Modestoffen tadellose Passformen **Regulärer Preis 28.00 Mk.**
Sensationell billig **19.50**

EIN POSTEN
Herren-Anzüge
schicke einreihige Fassons auf 2 und 3 Knopf, aus modern gemusterten Cheviots **Regulärer Preis 36.00 Mk.**
Sensationell billig **24.50**

EIN POSTEN
Herren-Anzüge
aus einfarb. u. gemust. Tuch- u. Cheviotstoffen, ein- u. zweireihige Fassons in elegantester Ausführung **Regulärer Preis 43.00 Mk.**
Sensationell billig **29.50**

EIN POSTEN
Herren-Paletots
aus modefarb. Covercoat, moderne Fassons mit breiter Stepperei **Regulärer Preis 36.00 Mk.**
Sensationell billig **24.50**

EIN POSTEN
Herren-Paletots
letzte Saison-Neuheiten, elegant auf seidenartigem Satinella mit Riemensteppnähten verarbeitet
Sensationell billig **33.00**

3809

Herren-Strohhüte
moderne Matelotform
1.75 2.40 3.00 4.50 5.75
Panama- und Knifformen
1.95 2.25 3.45 3.95 4.50

Knab.-Strohhüte
1.25 1.45 1.75 2.25 2.90

Kinder-Matrosen-Hüte
1.10 1.45 1.85 2.50 3.50

Südwester in Stoff u. Seidenborte
50 ₰ 75 ₰ 1.45 1.75 2.25

Knaben-Wasch-Anzüge

Blusen-Anzüge
aus gestreiftem Satin-Augusta u. Perkalstoffen . .
Besonders billig 4.00 3.10 2.45 **1.60**

Schlupf-Anzüge
aus Kadett, Ia. weißem Satin, Satin-Augusta und modefarbigem Shantung . . . . . .
Besonders billig 9.00 6.75 5.00 **3.60**

Prinz-Heinrich-Anzüge
aus Ia. Kadett, weißem Satin, Shantung und Panamaleinen . . . . . .
Besonders billig 11.75 9.00 7.50 **4.50**

Knaben-Waschblusen
Matrosenfasson aus Satin, Augusta u. Perkal
2.40 2.00 1.45 95 ₰ 50 ₰

Schlupf-Blusen
aus Ia. Kadett und Satin-Augusta
3.85 3.15 2.75 2.35 1.95

Kieler Blusen
aus Ia. Kadett, weiß. Satin u. Regatta-Stoffen
4.25 3.85 3.45 2.65 2.25

Sport-Blusen
aus gestreiftem Zephir, Rips, imit. Flanell und Shantung
3.75 2.95 2.50 2.10 1.85

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK

Heringe lebender Butt
vom Boot aus (3897
am Montag, dem 18. Mai
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke.

3784) **Landwirtschaftstochter** sucht Stellung vom 1. bis 15. Juni für häusliche Arbeit in kleinem Haushalt bei einzelner Dame oder älterem Ehepaar auf dem Lande, in der Nähe von Lübeck. Ostsee bevorzugt, bei vollem Familien-Anschluß. Gehalt nach Übereinkunft. Angebote bitte unter **G. L. 100, Trebel, Kr. Lechow.** Mecklenburg.

Gesucht an **Knecht** nach auswärts, der mit Pferden gut umzugehen versteht. Näheres
3394) Gerberstr. 43, II.

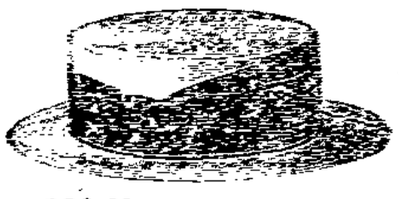
Ein Damen-Fahrrad mit Freilauf und Rücktrittbremse wegen Abreise sofort billig zu verkaufen. (3911) Wickedestraße 27, I.

Guterhalt. Seegras-Matratze sehr billig zu verkaufen.
3393) Vorderstraße 18a.

Drei Bettstellen mit Betten, eine Bettstelle mit Matratze billig zu verkaufen. (3915) Engelsgrube 67.

Zu kulanten Zahlungs-Bedingungen.

Fahrräder
von **55.00** Mk. an (3419
empfiehlt
Heinr. Körner, Große Burgstr.



Herren-Filz- u. Strohhüte, sowie (3880
Mützen, echte Panamahüte
mit Band und Leder von 10 Mk. an empfiehlt
Ed. Hirsekorn, Sandstr. 20.
Rote Rabattmarken.

Schulschreibhefte
mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
48 **Gr. Burgstr. 32.**

Empfehle meine

erstklassigen Fahrräder
zu billigsten Preisen. Große Auswahl.
Ein großer Posten
Kinderwagen, Klappwagen
zu bedeutend herabgesetzten Preisen. (3904
Th. Vedder, Fahrradhandlung,
Schwartauer Allee 37. Fernspr. 1884.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 113. Sonnabend, den 16. Mai 1914. 21. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 15. Mai 1914.

258. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Jagow.

Trimborn (Z.) stellt die kleine Anfrage, ob der Bundesrat Anordnungen erlassen hat oder erlassen will, über die Regelung der Arbeitgeberbeiträge bei Ersatzkassen nach § 517 und § 518 der Reichsversicherungsordnung.

Ministerialdirektor Dr. Caspar erwidert, daß die entsprechenden Bestimmungen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Verlängerung des Handelsvertrages mit der Türkei und des Abkommens mit Japan über den Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums werden in dritter Lesung debattelos angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung des

Etats für das Auswärtige Amt

fortgesetzt.

Bernstein (SD.): Wir erwarten von den Erklärungen der Regierung in diesem Hause keine großen Sensationen, aber wir wollen uns auch nicht mit allgemeinen europäischen Redensarten abspeisen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ueber die wichtigsten Vorgänge der auswärtigen Politik erfahren wir von der Regierung so gut wie gar nichts. Nicht einmal über die Erneuerung des Dreibundvertrages sind wir offiziell unterrichtet worden. Ueber die Vorgänge vor und während des Balkankrieges vermissen wir jede dokumentarisch belegte Berichterstattung. Ich frage den Herrn Staatssekretär: ist ihm die Einrichtung der Weißbücher bekannt und gedenkt er einmal Gebrauch davon zu machen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Lage auf dem Balkan nach dem zweiten Balkankriege verbürgt keineswegs den Frieden. Ueberall herrscht ein latenter Ausrottungskrieg gegen die in der Minderheit befindlichen Volksstämme. Rumänien bedrückt in schlimmster Weise die Bewohner der von ihm annektierten neuen Gebiete. Den Epiroten in Südalbanien hat unzweifelhaft die griechische Regierung selbst die Waffen geliefert. Die siegreichen Balkanvölker leben in einem Taumel, in einem aufs äußerste gereizten Chauvinismus. Umsomehr hätte Europa die Pflicht gehabt, gegen Raub und Mordlust die Selbstbestimmungsrechte der Völker zu verteidigen. Aber durch die Eifersüchteleien der Großmächte ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem bloßen Hohn geworden. Die Hoffnung auf eine friedliche Entwickelung Armeniens kann nur der teilen, der die heimtückische und zweideutige Gewaltpolitik Rußlands in diesem Lande nicht verfolgt hat, das strategisch für die Länder der Bagdadbahn ebenso wichtig ist, wie für Persien. Zwei jüngst veröffentlichte Denkschriften des russischen Handelsministeriums und des Ministeriums des Auswärtigen über die Verkehrsverbindungen nach Persien sprechen offen die Absicht aus, die Stellung Rußlands in Kleinasien sowohl gegenüber England wie gegenüber Deutschland zu befestigen. (Hört, hört! bei den Soz.) Hätte Deutschland längst in Armenien auf Reformen gedrängt, sähe es dort besser aus. Statt dessen haben wir die Politik Abdul Hamids unterstützt, wie wir überhaupt Bureaukratenpolitik, Kabinettspolitik treiben, die den Ländern und Völkern nichts nützt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Resolutionen über die Besserstellung der Generalkonsuln und über den Ausbau des diplomatischen Unterrichts werden wir annehmen. Es könnte überhaupt nichts schaden, wenn die ganze Diplomatie durch einen erweiterten Konsulatsdienst ersetzt würde. Die Mahnung des Staatssekretärs an die deutschen Kaufleute im Auslande, die fremden Sprachen zu lernen, können wir billigen. Sie sollten sich durch keinen falsch verstandenen Patriotismus davon abhalten lassen. Zweifelhaft ist seine Empfehlung an das deutsche Finanzkapital, sich an Konzessionen im Auslande insbesondere Eisenbahnbauten zu beteiligen. Die Jagd nach solchen Konzessionen birgt Konfliktsgefahren in sich, und ob ein dauernder Gewinn herausspringt, ist mehr als zweifelhaft. — Der Abg. Spahn hat für die deutsch-englische Freundschaft gesprochen, aber dabei England ein ganzes Sündenregister vorgehalten. Das ruft zum mindesten eine Gegenrechnung hervor. England hat unter dem großen Friedensfreund Campbell-Bannermann seine Flottenausgaben von 820 Millionen in 1904 auf 660 Millionen in 1908 vermindert. Erst als Deutschland trotzdem mit aller Kraft weiter rüstete, hat England seine Flottenausgaben weiter gesteigert. Spahn hat dann England einen Vorwurf daraus gemacht, daß es nicht auf das Blockade- und Seebeuterecht verzichtet. Damit nimmt England für sich nur in Anspruch, was im Landkriege allgemein geschieht. Wir mißbilligen solche überlebten Kriegssitten, aber verständlich ist Englands Haltung durchaus. Herr Spahn hat dann das Werk vom Haag für wertlos erklärt und schlimmer wie ein Nationalliberaler die Konflikte der Völker aus nationalen Gegensätzen für unvermeidlich erklärt. Der kriegshetzerische internationale Klerikalismus schlägt jedenfalls allen Grundsätzen des Christentums ins Gesicht. Die Friedensidee ist eine große geistige Macht, und wir werden dafür sorgen, daß sie auch materielle Kraft gewinnt. (Sehr gut! bei den Soz.) In Deutschland macht sich heutzutage der platteste Materialismus breit. In England und Frankreich gibt es auch in den bürgerlichen Parteien starke Minderheiten, die an den alten Ideen der französischen Revolution, an dem Glauben an Recht und Freiheit festhalten. In Deutschland erntet, wer von Recht und Freiheit spricht, nur ein mitleidiges Lächeln oder gar Hohn. Der Abg. Oertel hat gemeint, wir hätten im eigenen Auge nur einen Splitter, die anderen Nationen aber einen ganzen Balken. Bei Herrn Oertel nimmt es nicht wunder, daß ihm der Sinn für Masse und Proportionen abhanden gekommen ist. (Heiterkeit.) Unsere Regierung ermutigt die Chauvinisten, statt sie zurückzuweisen, und selbst von höchster Stelle sind zahllose Worte gesprochen worden, die im Auslande große Besorgnis erwecken mußten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man weiß ja, wer leider heute noch in Deutschland regiert. Auch den Kronprinzen sollte der Staatssekretär des Auswärtigen dazu erziehen, daß er sich seiner Verantwortlichkeit besser bewußt wird. (Sehr gut! bei den Soz.) Der gegenwärtige Friede ist nur der kalte Krieg der Rüstungsübertreibungen. Was Wendel am Schluß seiner Rede gesagt hat, war der Ausdruck unserer Herzensempfindung. Dem Frankreich der Arbeit und Freiheit gelten nach wie vor unsere herzlichsten Sympathien. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Niemals ist der Chauvinismus in Frankreich so schwach gewesen wie heute, niemals haben dort soviele Leute offen erklärt, daß Elsaß-Lothringen nicht länger Deutschland und Frankreich verfeinden dürfe. Die Deputierten und Senatoren auf der Berner Friedenskonferenz Pfingsten 1913 haben jedem Worte Bebels gegen den Chauvinismus begeistert Beifall zugejubelt. Das Bündnis zwischen dem offiziellen Frankreich und dem offiziellen Rußland ist gewiß bedauerlich. Aber schon am 2. September 1870, am Tage von Sedan, schrieb Karl Marx an Friedrich Engels, die Folge einer Gebietszerstückelung Frankreichs würde sein, daß Rußland sich in alle Zukunft als Retter Frankreichs aufspielen werde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die beste auswärtige Politik, die beste Friedenspolitik wäre die, endlich Elsaß-Lothringen die volle freie Selbstverwaltung zu geben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kriegsminister hat sich neulich gegen uns auf Fichte berufen, er hat sicherlich von Fichtes Reden an die deutsche Nation nie ein Wort gelesen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Fichte war Sozialist, Demokrat und Republikaner, und faßte den Patriotismus genau so auf wie wir. (Oho! rechts.) Er wollte ein Reich der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Geiste Fichtes drücken wir das, was die Arbeiterdemokratie aller Länder beseelt, mit dem französischen Volksdichter von 1848 in den Worten aus: „Denn Brüder sind uns die Nationen, und Feind uns alle Tyrannei'n. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Präsident Kämpf: Herr Abgeordneter, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: „Der deutsche Kronprinz, der jetzt 32 Jahre alt ist, müßte wissen, was er der Verantwortlichkeit seiner Stellung schuldig ist (Sehr wahr! bei den Soz.), und wenn er das nicht weiß, müßte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes energischen Protest dagegen einlegen, daß er unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Staaten gefährdet." (Lebh. Sehr gut! bei den Soz.) Diese Auslassungen übersteigen das erlaubte Maß der Kritik (Lachen bei den Soz.) und sind geeignet, den Kronprinzen zu verletzen. (Zurufe bei den Soz.: Dann muß er aber sehr empfindlich sein!) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo rechts; Lachen b. d. Soz.)

Fürst Löwenstein (Z.): Wir sind gewiß für gute Beziehungen zu England, aber das Maß unserer Flottenrüstungen bestimmen wir selbst. Für die französische Hurrarede des Abg. Wendel haben wir nur Heiterkeit übrig. Den Eintritt Deutscher in die Fremdenlegion müssen wir mit allen möglichen Mitteln zu verhindern suchen. Der Redner verteidigt dann die österreichische Balkanpolitik und feiert den österreichischen Staat überhaupt als eine völkerpsychologische Notwendigkeit. Auch zwischen Deutschland und Rußland bestünden keine ernsthaften Interessengegensätze. Wenn der Prinz von Wied über die russische Grenze geflogen und Herr Berliner Fürst von Albanien geworden wäre, würde die Sozialdemokratie wohl anders über das Maß von Schutz urteilen, den das Deutsche Reich seinen Angehörigen schuldet. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Frhr. v. Richthofen (NL.) begrüßt den Ausfall der französischen Wahlen, warnt aber vor Ueberschwang. Die Fremdenlegion sei eine innerfranzösische Angelegenheit, ebenso wie das russische Gefängniswesen eine russische. Die Gefahr für den Weltfrieden rühre meist von ehrgeizigen Offizieren her. (Sehr wahr! links.) Der Redner bespricht dann den Fall des Generalkonsuls Schlieben in Belgrad.

Staatssekretär v. Jagow verspricht, auf den Fall Schlieben einzugehen, sobald ausführliche Berichte vorlägen. Die Gesandtschaften der Einzelstaaten seien ein Reservatrecht, das vom Reiche nicht angetastet werden dürfe.

Dr. Heckscher (Vp.): Eine bessere Ausbildung der Diplomaten ist notwendig. Gegen Examina habe ich freilich selbst stets eine ausgesprochene Abneigung gehabt. (Große Heiterkeit.) Dr. Oertel will Frauen auch in den untergeordnetsten Stellen des diplomatischen Dienstes nicht verwendet wissen. Man könnte von ihnen sagen mit einer Variation Goethes: „Mit irgend einem Trank im Leibe sieht er 'ne Suffragette in jedem Weibe." (Stürm. Heiterkeit.) — Das Vertrauen in unsere auswärtige Politik ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, das danken wir zum größten Teil dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Jagow. (Bravo! bei der Volksp.)

Dr. Bell (Z.) wünscht, daß die Konsulate sich mehr um die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes kümmern.

Damit schließt die allgemeine Debatte.

Die Resolution, die den besseren Ausbau der Auslandsstudien fordert, wird angenommen, ebenso die, welche pensionsfähige Gehälter für die Generalkonsuln an den wichtigsten Plätzen verlangt.

Bei der Einzelberatung bemerkt

Dr. Liebknecht (SD.): Der unter dem Namen „Senna Hoy" bekannte deutsche Schriftsteller Johannes Holzmann, der in Rußland 1907 zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, verfiel durch die entsetzlichen Zustände in den russischen Gefängnissen in Geisteskrankheit und wurde in eine Irrenanstalt überführt. Dort ist er vor kurzem gestorben. Zweimal versuchte seine Familie mit Hilfe des Auswärtigen Amtes, ein Gnadengesuch für ihn bei dem Zaren einzureichen. Das erste Mal bekam der Rechtsanwalt die Papiere vom Auswärtigen Amt durch einen Beamten der politischen Polizei zurück. (Lebh. hört, hört! b. d. Soz.) Das zweite Gesuch, das direkt in Rußland eingereicht wurde, wurde von höheren russischen Beamten bis zum Kriegsminister hinauf befürwortet, die Begnadigung scheiterte aber, wie man dem Bruder des Holzmann mitteilte, an dem Widerspruch der deutschen Botschaft in Petersburg. Auf seine Erkundigung dort erfuhr Holzmann, daß die Botschaft ein offizielles Eingreifen für seinen Bruder ablehne, die russischen Behörden aber habe wissen lassen, daß sie, obwohl Holzmann früher Anarchist gewesen sei, und seine Rückkehr nach Berlin nicht erwünscht sei, gegen seine Freilassung nichts einzuwenden habe. Das ist in Rußland verstanden worden, und Holzmann wurde nicht freigelassen. Seine Geisteskrankheit ist eine Folge der Zustände in russischen Gefängnissen. Diese Zustände sind nicht eine Angelegenheit Rußlands allein, sondern der ganzen Kulturwelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist eine Kulturschmach, daß man sich nicht mit dem erforderlichen Nachdruck ganz offiziell an Rußland wendet, um einen Druck zur Aenderung dieser Verhältnisse auszuüben. (Vizepräsident Dove: Sie können beim Titel „Gesandtschaft in Petersburg" nicht das allgemeine Verlangen begründen, auf die russischen Kulturzustände einzuwirken.) Die deutsche Regierung kann manches retten, wenn sie sich mit Energie der deutschen Gefangenen in den russischen Gefängnissen annimmt, und dabei die ganze Frage der russischen Gefängnisgreuel aufrollt und das Kulturgewissen Europas aufrüttelt. Wir fordern das von ihr als ihre Pflicht gegen die Menschlichkeit und die Kultur. (Lebh. Beifall! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Jagow bestätigt die Darstellung Liebknechts und meint, da wir die russische Regierung haben wissen lassen, daß wir keinerlei Einwendungen gegen die Freilassung Holzmanns erheben werden, könne das Auswärtige Amt ein Vorwurf nicht treffen.

Frhr. v. Richthofen (NL.): Da es sich um einen Geisteskranken handelte, hätte auch ich seine Begnadigung gern gesehen. In die Verhältnisse der russischen Gefängnisse können wir uns natürlich nicht einmischen.

Dr. Liebknecht (SD.): Von dem Grundsatz, daß man bei politischen Verbrechern ein Eingreifen ablehnt, hätte man bei einem Geisteskranken absehen müssen. Der Grundsatz wird aber nur praktiziert bei politischen Verbrechern im revolutionären Sinne. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für seine Spione verwendet man sich schon, und welche Mühe hat das Auswärtige Amt nicht aufgewendet um den Betrügern und Bestechern der Firma Siemens u. Schuckert in Japan zur Seite zu stehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keine Einwendung gegen die Freilassung Holzmanns erhebe, klingt nach dem Vordersatz, daß er sich als Anarchist politisch mißliebig gemacht habe, und man seine Rückkehr nach Berlin nicht gern sehen würde, wie eine Ablehnung, nicht aber wie eine Befürwortung. Darüber, daß bei dem ersten Gnadengesuch dem Rechtsanwalt sämtliche Papiere durch einen Beamten der politischen Polizei zurückgegeben wurden, hat der Staatssekretär nichts gesagt, das scheint er also ganz in der Ordnung zu finden. In die Verhältnisse der russischen Gefängnisse einzugreifen, liegt sehr wohl ein Anlaß vor, da diese Zustände eine allgemeine öffentliche Gefahr geworden sind. Bei der Türkei scheut man sich vor solchem Eingreifen nicht, aber vor Rußland hat man Angst. Die Kulturpflicht solle der deutschen Regierung aber höher stehen. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Heckscher (VP.) fordert Beschleunigung des Botschaftsbaus in Washington.

Dr. Liebknecht (SD.): Das Generalkonsulat in Yokohama hat versucht, die betrügerischen Machenschaften der Firma Siemens-Schuckert in Japan zu verdecken, die Regierung hat offenbar für die Bestecher Partei ergriffen. (Vizepräsident Dove rügt diese Ausdruck.) Eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes liefert den dokumentarischen Beweis dafür. Man hat sich der Firma zuliebe der Aktenbeseitigung schuldig gemacht. Die Mitschuld der Behörden an der Vertuschung dieses Riesenskandals ist ein Skandal ersten Ranges. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.

Direktor Dr. Kriege: Die deutschen Behörden haben in keiner Weise sich einer Inkorrektheit schuldig gemacht.

Bassermann (NL.): Wir bedauern die Angriffe des Abg. Liebknecht gegen eine hochangesehene deutsche Firma. Den Schaden davon haben die deutschen Arbeiter. Zum mindesten hätte doch Dr. Liebknecht den Abschluß des Strafverfahrens in Japan abwarten müssen. (Lebh. Zust. in der Mitte und rechts.)

Dr. Liebknecht (SD.): Der Herr Abg. Bassermann hat nur die Kleinigkeit übersehen, daß in dieser Sache schon ein rechtskräftiges Urteil eines deutschen Gerichts vorliegt. In dem Prozeß gegen den verurteilten Erpresser Richter hat das Gericht ihm ausdrücklich die unlauteren Manipulationen der Firma Siemens-Schuckert als Entlastungsgrund angerechnet. In dem gleichen Urteil ist festgestellt, daß die Firma Bestechungsgelder gegeben hat. In einem Brief der Firma vom 16. Juli 1911 wird ausdrücklich erwähnt, daß der Admiral Futji 5 % Provision und der Admiral Sarajati 2½ % Provision erhalten hat. Durch diese Verbindungen sei es der Firma möglich gewesen, bei der Lieferung für die japanische Marine bevorzugt zu werden, und für ihre Erzeugnisse besonders günstige Preise zu erhalten. (Stürm. Hört, hört! b. d. Soz. Große Bewegung.)

Vizepräsident Dove: Sie dürfen hier nur über die Behörden, nicht über die Firma Siemens-Schuckert sprechen.

Dr. Liebknecht (fortfahrend): Wie?! Der Abg. Bassermann durfte mit einer augenscheinlich unwahren Erklärung der Firma mich angreifen, und ich soll nicht aktenmäßig antworten dürfen! (Stürm. Zust. b. d. Soz.) (Vizepräsident Dove: Ich habe Ihnen einen gewissen Spielraum gelassen.) Ueber diese Bestecher hat das Generalkonsulat in Yokohama und das Auswärtige Amt die schützende Hand gehalten. Das kann und wird niemand mir abstreiten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird angenommen.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers.

Scheidemann (SD.): Ich bedauere, daß der Etat des Reichskanzlers in seiner Abwesenheit und zu so vorgeschrittener Jahreszeit verabschiedet wird. Das ganze Haus teilt wohl den lebhaften Wunsch, ihn rechtzeitig zum 1. April fertigzustellen. Das wird aber auch in Zukunft nicht möglich sein, wenn nicht die Regierung den Reichstag viel früher einberuft, ihm den Etat so früh wie möglich unterbreitet und auch die anderen Gesetzesvorlagen so zeitig einbringt, daß sie zum Teil noch vorher erledigt werden können. Anders ist die wachsende Arbeitslast des Reichstags nicht zu bewältigen. Jetzt wird er durch die Masse der Gesetzentwürfe geradezu obstruiert. Wir waren und sind gern bereit, wenigstens die dringlichsten Entwürfe zu erledigen. Wenn die Regierung durch den Schluß der Session alle Vorarbeiten brüsk beiseite schiebt, muß sie die Verantwortung dafür tragen, wir aber müssen gegen diese geringe Einschätzung unserer Arbeit Verwahrung einlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein günstigeres Resultat der Beratungen über den Etat hätten wir für uns freilich auch dann nicht erwarten dürfen, wenn wir in den Dezembertagen nach den Reden der Abgeordneten Fehrenbach und Calker den Reichskanzleretat verabschiedet hätten. Auch dann hätte man ihm keinen Pfennig vom Gehalt abgezogen. (Hitt.) Wenn es in Deutschland üblich wäre, dem Kanzler in dieser Weise eine Zensur auszustellen, würde man ihm heute wahrscheinlich eine kleine Zulage gewähren. (Erneuete Hitt.) Der Reichskanzler ist sich bei der Abwicklung der Zabernaffäre wenigstens konsequent geblieben. Der Führer einer großen Partei dieses Hauses indessen, Abg. Bassermann, hat ihm wenige Wochen nach dem Mißtrauensvotum das glänzendste Zeugnis ausgestellt, und ihm nachgesagt, er mache nationalliberale Politik. Endlich haben wir also einmal einen Reichskanzler, der nationalliberale Politik macht, und ausgerechnet diesem einzigen Kanzler stellen die Nationalliberalen ein Mißtrauensvotum aus. (Schallende Hitt.) Die Erledigung der Zabernangelegenheit hat vollkommen die Wünsche jener Kreise erfüllt, die nach einem starken Mann gerufen haben. Das Lager starker Männer in der heutigen Bureaukratie ist wohl nicht oben mehr groß. (Hitt.) Wenn wir aber stark nach dem jetzigen Sprachgebrauch mit konservativ oder ultrareaktionär gleich setzen, hat Preußen seinen stärksten Mann nach Elsaß-Lothringen geschickt. Den Elsaß-Lothringern kam er jedenfalls so unerwünscht wie möglich. Ihnen hat man durch diesen Statthalter gezeigt, wie weit sie noch von einer wirklichen Selbstverwaltung entfernt sind. Noch schlimmer wäre es, wenn die Lesart zuträfe, man habe Dallwitz nach Elsaß-Lothringen geschickt, um ihn in Berlin loszuwerden, weil er ein allzu eifriger Parteigänger der äußersten Rechten gewesen sei. Ein Reaktionär, den nicht einmal Preußen aushält, ist in Elsaß-Lothringen gewiß unmöglich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die liberale Presse, die alles rosenrot sieht, hat Dallwitz Ab-

passungsfähigkeit gerühmt. Er müßte eine wunderbare Anpassungsfähigkeit haben, wenn er sich als begeisterter Lobredner des preußischen Dreiklassenwahlrechts zum Schützer der reichsländischen Verfassung entwickeln könnte, die auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht beruht. Wir haben zu der elsaß-lothringischen Bevölkerung das Vertrauen, daß sie sich Tollwitz nicht anpassen wird. Geht es umgekehrt, soll es uns recht sein. (Hkkt. und Bravo! b. d. Soz.) Gleichzeitig mit dem neuen Statthalter sind uns die neuen Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs präsentiert worden. Für den preußischen Geltungsbereich werden die Vorschriften darüber, wann das Militär ohne Aufforderung der Zivilbehörde eingreifen darf, wohl niemals praktisch werden, denn die preußischen Behörden werden nicht danach zögern, nach Militär zu schreien. Auch in Elsaß-Lothringen dürfte eine Wiederholung von Zabern unmöglich sein, nicht wegen der neuen Vorschriften, sondern weil durch den Regierungswechsel die vollkommene Solidarität zwischen dem Preußentum in Zivil und dem Preußentum in Uniform hergestellt worden ist. Uebrigens kann die neue Verordnung ja in jedem Augenblick geändert werden, da sie nur eine einseitige Willensäußerung des herrschenden Militärabsolutismus ist. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daß diese grundlegende Frage des Verfassungsrechts ohne Mitwirkung des Reichstags geregelt worden ist, der die Mittel für den ungeheuren Apparat bewilligt, den man unter Umständen gegen das eigene Volk gebrauchen will, werden sie vor ihren Wählern niemals verantworten können. Die neuen Vorschriften brauchen freilich nicht geändert zu werden, da sie über Ehrennotwehr und staatlichen Notstand alles enthalten, was der Militarismus wünschen kann. Ein künftiger Reuter würde genau so freigesprochen werden wie der alte Reuter von Zabern. Genau wie der Leutnant v. Forstner freigesprochen ist, für den die alten Vorschriften gar nicht mehr in Betracht kamen, denn wichtiger als die Bestimmungen, die man schwarz auf weiß niederlegt, sind die realen Machtfaktoren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokr.) Wo so mit den Gesetzen umgesprungen wird, wie in Deutschland, kann die Willkür der Gewalthaber keine Schranke finden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichskanzler hat allerdings hervorgehoben, daß die Regierung ein Aufgebot des Militärs am wenigsten wünsche. Das glauben wir ihm gern, denn die Söhne des Volkes werden sich gewiß nicht danach drängen, auf ihre Volksgenossen zu schießen. Auch eine noch so scharfe Waffe kann stumpf werden, wenn sie gemißbraucht wird. Wir sind mit dem Reichskanzler in dem Wunsch einig, daß die Probe auf das Exempel nicht gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber dazu gehört guter Wille auf beiden Seiten, nicht nur ein Volk, das so geduldig ist wie das deutsche, sondern auch eine Regierung, die die Gesetze achtet. Hier aber müssen wir die Behörden anklagen, daß sie zuungunsten des arbeiten Volkes gegen die Gesetze verfahren. (Glocke des Präsidenten. — Der Redner sieht sich überrascht um.)

Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte derartige unzulässige Ausdrücke in Zukunft zu unterlassen.

Scheidemann (SD.): Na, so geht es ja noch. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kämpf: Darin liegt eine Kritik meiner Geschäftsordnung. Jetzt rufe ich Sie zur Ordnung.

Scheidemann (fortfahrend): Aber dann nehmen Sie es mir nicht übel: da sehnt man sich doch wirklich nach der Zeit zurück, wo Männer wie Graf Ballestrem auf dem Präsidentenstuhl gesessen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. — Heiterkeit und Zustimmung im Zentr.)

Präsident Kämpf verbittet sich jede Kritik.

Scheidemann (SD.): Ich darf wohl einen persönlichen Wunsch aussprechen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Redner bespricht die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Er schildert die willkürlichen Verbote von Jugendversammlungen in Lichtenberg, in Düsseldorf und in Solingen, schildert den Sturm auf das Königsberger Jugendheim und kritisiert das Urteil des Solinger Landgerichts, in dem es heißt, alle Veranstaltungen der Arbeiterjugend, gleichviel ob Versammlungen, Ausflüge oder Spiele, seien politisch. Durch solche Polizeipraxis und solche Urteile werden klare Bestimmungen des Gesetzes mit Füßen getreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ebenso steht es mit der Politischerklärung der Gewerkschaften. Den Reichsverband und die gelben Gewerkschaften, die zwecks Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgehalten werden, erklärt man für unpolitisch. Wenn aber die freien Gewerkschaften sich wehren, macht ihnen die Polizei fortwährend Scherereien und Schwierigkeiten. Die gelben Gewerkschaften erhalten vom Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten jährlich 15 000 Mark, Gelder der Versicherten werden für politische Zwecke hergegeben, aber der Geh. Rat Kapp, der das tut, hat die Volksfürsorge verdächtigt, daß sie ihre Gelder politischen Zwecken zuführen wollte, und als die Volksfürsorge ihn verklagt hat, hat der preußische Landwirtschaftsminister seine schützende Hand über ihn gehalten und seine privaten Verdächtigungen für Amtshandlungen und Akte der Staatshoheit erklärt. (Stürm. Hört, hört! bei den Soz.) Der Redner verliest umfangreiche Auszüge aus einem Briefwechsel zwischen dem preußischen Minister von Tallwitz, dem Staatssekretär Dr. Delbrück und dem Reichskanzler, aus dem hervorgeht, daß die Gegengründung gegen die Volksfürsorge von der Regierung selbst ins Leben gerufen ist. In diesem Briefwechsel wird die Volksfürsorge ständig als sozialdemokratisches Versicherungsunternehmen bezeichnet, was der Redner als eine grobe Unwahrheit und Ungehörigkeit der Regierung zurückweist. Der Redner erinnert weiter an das Verbot des Streikpostenstehens auf dem Umwege über die Straßenpolizei, an die Entrechtung der Krankenkassenangestellten, an die Ausweisung des Genossen Stauning und der Genossin Balabanoff, an die Kronprinzenbeleidigungsprozesse und an den Prozeß gegen die Genossin Luxemburg. Solche Zustände müssen einen gesunden Haß bei uns auslösen. Die Liberalen freilich sind jetzt sehr versöhnlich gestimmt und erhoffen eine Wahlreform von dem neuen Minister v. Loebell. Ein Wechsel in den Regierungsstellen kann vielleicht unsere Taktik beeinflussen, nicht unsere Grundsätze. Für uns gilt das Wort: Kein Paktieren, sondern Kampf. Wir legen unsere Hoffnungen nicht auf Minister. Die jüngsten Wahlen haben ja gezeigt, daß alle Hoffnungen auf Stillhalt der Sozialdemokratie vergeblich sind, daß polizeiliche Verfolgungen nur den Verfolgten nützen. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kampf ist unser Element, es lebe der Kampf, er ist heilsam, nützlich und notwendig, es lebe der Kampf zwischen uns und Ihnen, es lebe der Kampf zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus! Wir wissen, daß er nur sein Ende haben kann im Siege des Sozialismus. (Stürmischer anhaltender Beifall bei den Soz. — Rufe rechts: Vive la France! — Erneuter stürmischer Beifall bei den Sozialdem.)

Dr. Spahn (Z.): Die Anwendung des § 3 des Vereinsgesetzes unterliegt der Entscheidung der Gerichte. Wir waren gegen die gewählte Fassung, wenn nicht weitere Sicherheit für die Anwendung auf politische Vereine gegeben würde. Das Streikpostenstehen ist notwendig im Interesse der Koalitionen, die Polizei hat lediglich für die Sicherheit des Verkehrs auf der Straße zu sorgen. Sollte wirklich eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern gegen das Streikpostenstehen ergangen sein, so würde ich das für ungesetzlich und ungehörig halten. Das Zentrum ist immer für die Sicherung und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts eingetreten. Wir begrüßen es auch, daß der Gedanke der Tarifverträge auch im Mittelstand Boden faßt. (Lebhafter Beifall im Zentr.)

Schiffer-Magdeburg (NL.): Gegen den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens haben wir gestimmt, nicht etwa, weil wir nicht anerkennen, daß Mißstände sich ergeben haben, aber wir wollen diese Mißstände auf dem Boden des gemeinen Rechtes bekämpfen. An der unparteiischen Sorgfalt der Gerichte zu zweifeln, ist gar kein Anlaß. (Lachen bei den Soz.) Der Redner begründet dann eine Resolution auf Sicherung des Wahlgeheimnisses. Diese Resolution soll sich nicht auf den Wahlakt, sondern auf die spätere Zeit beziehen, die Behörden sollen kein Recht haben, nachzuforschen, wie jemand gewählt hat.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wie weit dem Wunsch des Vorredners willfahrt werden kann, wird geprüft werden. — Der Abg. Scheidemann machte in einer Reihe von Einzelfällen lokalen Polizeibehörden Vorwürfe, das Versammlungsgesetz verletzt zu haben. Diese Beschwerden gehören vor die einzelstaatlichen Parlamente, der Reichskanzler kann nur eingreifen, wenn die Zentralbehörden der Einzelstaaten sich bei der Auslegung in grundsätzlichen Widerspruch mit der Auffassung des Reichskanzlers setzen. Das ist bisher in keinem einzigen Falle geschehen. — Bezüglich einer allgemeinen Unterstellung der Gewerkschaften unter die politischen Vereine sind keine allgemeine Anweisungen ergangen, auch nicht vom preußischen Minister des Innern. Die vorgetragenen Fälle sind Einzelfälle. Ein Widerspruch zwischen dem Verfahren der Polizei und der früheren Erklärung des Reichskanzlers, ein grundsätzlicher Widerspruch besteht nicht. (Zuruf! bei den Soz.: Nanu!) Wenn die Gewerkschaften sich vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet begeben, so sind sie selbst schuld. — Die aus meiner Druckerei entwendete Korrespondenz hätte Herr Scheidemann nicht zu verlesen brauchen, ich hätte gern darüber Auskunft gegeben, wenn ich darum gebeten wäre. (Zuruf bei den Soz.) Gerade bei dieser Sache ist mein Gewissen ganz rein. Gerade weil Sie Ihre wirtschaftlichen Unternehmungen von Ihren Parteizwecken nicht frei halten können, mußte die Besorgnis entstehen, daß das auch hier geschehen würde, und deshalb mußte untersucht werden, ob dieses an sich, wie ich anerkenne, nützliche und wohltätige Unternehmen der „Volksfürsorge" nicht seinen Wert dadurch verlieren würde, daß es in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt wurde. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb wurde erwogen, ob eine gesetzliche Handhabe bestehe, es zu verbieten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich persönlich habe entschieden, daß das nicht der Fall ist, und daß es unpolitisch und ungerecht wäre, das Recht zu beugen und die Bildung der Gesellschaft zu verhindern. Aber dringend wünschenswert ist es, daß gleichzeitig ein Unternehmen von derselben Tendenz auf loyalem Boden entstehe. (Lachen und Unruhe b. d. Soz.) Deshalb hat Herr Geh. Rat Gruner in meinem Auftrag die privaten Gesellschaften zum Zusammenschluß veranlaßt, und deshalb habe ich mich um das Zustandekommen der Volksversicherung bemüht. Ich habe also meine Pflicht nach rechts und nach links getan. — Die Vorwürfe gegen Herrn Geh. Rat Kapp gehören ins Ressort des preußischen Ministers des Innern. Daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten nicht mit anderem Maße gemessen werden, wie die privaten, darüber bin ich mit dem preußischen Minister des Innern vollkommen einverstanden. — Gestern rief Ihr Redner: „Sie rufen: Es lebe Deutschland! wir rufen: Vive la France!" (Lärm. Widerspruch b. d. Soz.) War das Ernst, so können Sie sich über meine Ausführungen nicht wundern, war es ein Witz, so muß es natürlich Mißtrauen gegen Sie und böses Blut erregen! (Lebh. Sehr richtig! b. d. bürgerl. Parteien.) Die Ausweisungen von Dänen gehören zum Ressort des preußischen Ministers des Innern. Sie sind kein feindseliger Akt gegen Dänemark, sondern richten sich gegen einzelne, die bei uns Propaganda gegen den Bestand des Reiches entfalten. Herr Scheidemann kündet uns Kampf an. Glauben Sie denn, daß wir ihn nicht aufnehmen? (Lebh. Zustim. rechts.) Auch wir werden kämpfen, wo immer die Möglichkeit und die gesetzliche Unterlage sich bietet. (Lebh. Beifall rechts.)

v. Veit (K.): Die Gewerkschaften sind mit Recht zu politischen Vereinen erklärt worden, denn sie verlassen die Grenzen bürgerlicher Betätigung. Der Bund der Landwirte und der Hansabund sind politische Vereine, sie werden auch als solche behandelt. Wir wollen die Arbeiter nicht knebeln, wir wollen das Koalitionsrecht festhalten. (Zuruf b. d. Soz.: Das glaubt Ihnen ja kein Mensch!) Wir wollen nur die Auswüchse beseitigen, die das Koalitionsrecht zu einem Koalitionszwang gestalten. Deshalb verlangen wir den Schutz der Arbeitswilligen! (Beifall rechts.)

Mumm (WV.): Man muß der Sozialdemokratie den Anschein nehmen, als ob sie das Recht hat, sich als „die" Arbeiterpartei zu bezeichnen. Der Staatssekretär verdient Anerkennung für sein Eintreten für die Volksversicherung, die ein Segen ist für alle nationalen und wirtschaftsfriedlichen Arbeiter. Die Sozialdemokratie organisiert ihre Anhänger auch in allen möglichen Sportvereinen, die jeden Augenblick für die Zwecke der Partei bereitstehen. Diese Vereine werden daher mit Recht für politisch erklärt. (Beifall rechts.)

Dr. Gradnauer (Soz.): Die Resolution der Nationalliberalen zur Sicherung des Wahlgeheimnisses werden wir unterstützen. Sie enthält ja eine alte Forderung von uns. — Scheidemann wandte sich nicht gegen einzelne Fehlgriffe einzelner Beamter, sondern kritisierte den gesamten neuesten Kurs (Sehr wahr! bei den Soz.), Herr Delbrück hat hier eine merkwürdige Zwitterstellung eingenommen; immer wieder versichert er, er selbst sei gerecht und objektiv. Dann aber sagt er auch immer wieder: „Aber die Sozialdemokraten sind ganz besondere Menschen und müssen besonders behandelt werden." Das läuft doch nicht auf Gerechtigkeit und Rechtsgleichheit hinaus, sondern auf die Praxis des zweierlei Rechts. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Delbrück hat das zu verteidigen gesucht mit der Redensart, wir seien staatsfeindlich und nicht national. Durch die ewigen Wiederholungen sind diese Vorwürfe weder anständiger noch geschmackvoller geworden. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Gewiß sind wir Feinde des Klassenstaates, aber sind wir deshalb Staatsfeinde an sich, weil wir einen freieren, besser eingerichteten Staat erstreben? Unseren Patriotismus können wir jederzeit mit Ihrem vergleichen; wir lieben unser deutsches Volk mindestens so ehrlich wie Sie! (Sehr wahr! bei den Soz.) Seltsam berührt die Verdrehung der Rede Wendels durch den Staatssekretär. Wendel hat mit seinem Hochruf auf das Frankreich der Arbeit und des Friedens, auf den Hochruf für Deutschland geantwortet, den jenes uns zugerufen. Was ist dabei? Wenn eines Tages der Kaiser und der Präsident sich treffen werden, wird es auch heißen: Hoch Deutschland! Hoch Frankreich! Wir sind Ihnen nur immer ein paar Jahrzehnte voraus! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe Mißverständnis und Mißtrauen der Regierung trifft auch unsere Gewerkschaften. Selbst die höchsten Gerichte verstoßen täglich gegen Geist und Wortlaut des Vereinsgesetzes. Keiner Gewerkschaft ist nachgewiesen, daß sie das Übergreifen auf politische Gebiete bezweckt. Keine wirtschaftliche Organisation kann das geiegentliche Übergreifen auf das politische Gebiet vermeiden. Die Gewerkschaften sind heute genau so neutral und genau so politisch, wie zur Zeit der Schaffung des Vereinsgesetzes. Woher also der Wechsel der Behandlung? Den Zentralverband der Industriellen fragt die Regierung fortwährend um Auskunft in politischen Fragen, aber für politisch hat sie ihn deshalb nicht erklärt. War dieses System des Zweierlei-Maßes bei Schaffung des Vereinsgesetzes beabsichtigt? Damals versprach der jetzige Reichskanzler, daß jede Schikane unterbleiben sollte. Wer kann von der Erfüllung dieser Versprechungen auch nur eine Spur entdecken. (Sehr wahr! bei d. Soz.)? Ebensowenig ist es gelungen, das Vorgehen gegen das Recht des Streikpostenstehens zu entschuldigen. Auf diesem Gebiet hat jetzt die krasseste Polizeiwillkür Platz gegriffen. Die Nationalliberalen haben gegen das Verbot des Streikpostenstehens gestimmt. Aber wir wissen jetzt aus den Papieren des Verbandes sächsischer Industrieller, daß sie nur deshalb ein Ausnahmegesetz abgelehnt haben, weil sie fürchteten, es könnte auch die Unternehmerverbände treffen. Was hofft man mit dieser subalternen Polizeiweisheit zu erreichen? Die Sozialdemokratie ist doch schon mit ganz anderen Mücken und Tücken fertig geworden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Lassen Sie endlich ab von der heuchlerischen Gewaltpolitik gegen die Arbeiterjugend. Wenn Sie schon bisher mit Schule und Kaserne nichts gegen uns ausrichten konnten, glauben Sie wirklich etwas zu erreichen, wenn Sie unsere Jugendvereinigungen schikanieren? (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Auch bei seinen Ausführungen über die „Volksfürsorge" ließ der Staatssekretär jede Objektivität vermissen. Interessant war seine Darlegung wie alles auf die Beine gebracht wurde, um eine ähnliche Einrichtung zu schaffen. Auch hier bewährte sich die Sozialdemokratie wieder als der Geburtshelfer jedes sozialen Fortschrittes. Aber Sie wollen jetzt neben die Peitsche nicht einmal mehr das Zuckerbrot der Sozialreform setzen, die Sozialreform ist vollständig verwandelt. Sie gefallen sich in wahnsinnigem Wettrüsten, anstatt in einem friedlichen Wettkampf auf dem Gebiet der sozialen Gesetze. (Zustimm. b. d. Soz.) Die allgemeine politische Lage hat sich seit Beginn des Jahres durch die Blockbestrebungen des Zentrums merkwürdig geändert. Wir finden das Abrücken des Zentrums und der Liberalen zur klarsten Reaktion etwas merkwürdig, aber wir fürchten es nicht, umsomehr werden uns die Wähler zuströmen, umso rascher werden wir aus Deutschland ein freies Land machen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück gibt zu, den Schluß der Wendelschen Rede falsch zitiert zu haben, hält aber aufrecht, daß der Ruf „Vive la France!" etwas Ungewöhnliches und Ärgerliches habe! (Bravo! rechts.)

Scheidemann (SD.): Wendel hat niemanden provozieren wollen. Er hat nur auf Jaurès, der geschrieben hat: „Es lebe Deutschland!" im Geiste der Internationale geantwortet. Die Entrüstung des Staatssekretärs über den angeblichen Diebstahl, durch den ich seine Briefe bekommen hätte, kann ich nicht verstehen. Diese Aktenstücke hat mir in diesem Saale ein kaiserlicher Beamter übergeben (Große allgemeine Bewegung) — — — und dieser Beamte trug die Uniform eines Briefträgers. (Schallende Heiterkeit.)

Damit schließt die Beratung. Der Etat des Reichskanzlers wird genehmigt. Angenommen werden die Resolutionen über Schutz des Wahlgeheimnisses und Reform des Kanzleiwesens.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. (Kleinere Etats und zweite Lesungen der Gesetzentwürfe über den Verrat militärischer Geheimnisse, die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, die Reform des Militärstrafgesetzbuches und die Postdampfersubventionen.

Schluß: 8¼ Uhr.

Soziales.

Die Ausschußwahlen der Versicherungsanstalten. Auf Grund des § 1352 der Reichsversicherungsordnung ist durch Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Oberpräsidenten unterm 1. Mai eine Wahlordnung für den Ausschuß der Versicherungsanstalten aufgestellt worden. Im einzelnen wird darin u. a. bestimmt: Mit den Vorarbeiten für die Wahl ist so zeitig zu beginnen, daß die Aufforderung an die Wahlberechtigten Anfang Juli 1914 ergehen kann, damit die Gewählten am 1. Oktober 1914 ihr Amt antreten können. Mit dem gleichen Tage scheiden die bisherigen Mitglieder des Ausschusses der Versicherungsanstalt, deren Amtszeit durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. Juli 1913 bis längstens zum 31. Dezember 1914 verlängert worden ist, aus dem Amte aus. Die Wahlzeit läuft danach vom 1. Oktober 1914 ab, sodaß in späteren Jahren die Vorarbeiten für die Wahlen nach Abschluß der Wahlen für die Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern im Juli des Kalenderjahres zu beginnen haben, in dem die Wahlzeit abläuft. Die Wahlordnungen sind unverzüglich unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, soweit erforderlich, nach Benehmen mit der Landesversicherungsanstalt zu erlassen. Die Kosten der Wahlleitung und die sächlichen Kosten der Wahl trägt der Staat. Die Wähler haben keinen Anspruch auf Entschädigung für bare Auslagen, Zeitversäumnis usw. gegen den Staat. Durch die Stimmabgabe bei den Versicherungsämtern innerhalb einer Wahlfrist werden ihnen auch besondere Kosten in der Regel nicht erwachsen. Außerdem wären die Wahlzeiten nach Benehmen mit den Regierungspräsidenten möglichst so festzusetzen, daß die Personen, die zu beiden Wahlen wahlberechtigt sind, ihre Stimme gleichzeitig abgeben können. Den Beisitzern im Wahlvorstande steht ein Anspruch auf Entschädigung aus Staatsmitteln ebenfalls nicht zu. Soweit daher nicht die Landesversicherungsanstalten bereit sind, diesen Beisitzern eine Entschädigung zu gewähren, sind solche Beisitzer zu berufen, die zur Uebernahme des Amtes auch ohne Entschädigung bereit sind.

Die volle Kompottschüssel. Das Oberversicherungsamt Chemnitz beschäftigte sich mit dem Antrag der 61jährigen Scheuerfrau P. auf Gewährung der Invalidenrente. Die Landesversicherungsanstalt hatte den Antrag, gestützt auf ein Gutachten des Dr. Braun, abgelehnt, weil die Frau noch zu 66⅔ Proz. erwerbsfähig sei. Sie bilde sich ein, sie müsse Rente bekommen. Sie habe einen Schlaganfall erlitten, nachdem sie aber „nur" 14 Tage erwerbsunfähig gewesen sei. Es liege zielbewußte Simulation und Übertreibung vor. Das Versicherungsamt, das sich im Einspruchsverfahren mit der Sache beschäftigte, hatte umfangreichen Zeugenbeweis erhoben, der zugunsten der Rentenansprecherin ausfiel. Im Endbescheid wurde aber die Ablehnung des Invalidenrenten-Antrages aufrechterhalten. Das Oberversicherungsamt beschloß zunächst Beobachtung der Frau in der Anstalt Oberholz bei Leipzig, in der sie 14 Tage untergebracht wurde. Das Gutachten von Dr. Hebestreit erklärte die Frau als nicht invalid; auf ihn hat die Frau den Eindruck einer gesunden Person gemacht. Es liege Rentenhunger vor und das beste Heilmittel sei regelmäßige Arbeit und Verweigerung der Rente. Anders urteilte Dr. Höhl. Dieser Arzt erklärte die Frau als dauernd invalid wegen Herzerweiterung und Herzverhärtung. Dieses Gutachten wurde aber beiseite geschoben und die Berufung auf Grund der anderen beiden Gutachten als unbegründet verworfen. — Arbeiten kann die alte Frau nicht mehr, aber in Deutschland ist für die Arbeiter gesorgt bis ins hohe Alter.

Gewerkschaftsbewegung.

1500 Arbeiter ausgesperrt. In der Gußstahlfabrik in Döhlen bei Dresden sind ca. 1500 Arbeiter ausgesperrt worden. Die Aussperrung wurde als Antwort auf eine Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter verfügt. Die Direktion lehnte deren Lohnforderungen rundweg ab. Darauf beschlossen diese Arbeiter einstimmig den Streik; die Direktion verlangte die bedingungslose Zurücknahme der Kündigung und als sich die Arbeiter darauf nicht einließen, erfolgte die Kündigung aller Arbeiter. Die Aussperrung begann am 14. Mai.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenmißhandlungen in einem Garnisonlazarett! Mißhandlungen, vorschriftswidrige Behandlungen, Übergriffe und Schikanen in großer Zahl sind in der Geisteskrankenstation des Dresdner Garnisonlazaretts von dem 25 Jahre alten Sanitätsunteroffizier Schneider gegenüber Kranken, Wärtern und Sanitätssoldaten begangen worden! Es klingt fast unglaublich, aber eine Verhandlung vor dem dortigen Kriegsgericht rollte dieses düstere und widerliche Bild auf. Den Ärzten der Geisteskrankenstation war schon seit einiger Zeit bekannt, daß Schneider, der als etwas unreifer Vorgesetzter geschildert wird, nicht das nötige Geschick hatte, mit Untergebenen umzugehen. Und unter den Sanitätssoldaten war es ein offenes Geheimnis, daß Schneider mißhandelte und sich allerlei Übergriffe erlaubte. Eines Tages kam aber doch der Stein ins Rollen und dem Chefarzt gegenüber rückten die Soldaten dann mit der Sprache heraus. Unter Anklage stehen weit über 50 Einzelfälle, die aber zum größten Teil als eine „fortgesetzte Handlung" angesehen werden. Bei jeder passenden Gelegenheit wurden die Untergebenen kräftig abgeschüttelt. Ein in geblückter Stellung befindlicher Soldat erhielt einen Fußtritt ins Gefäß. Ein anderer Soldat wurde bei dieser Gelegenheit vorn und hinten gepackt, hin- und hergeschleudert und an der Halsblinde hängend in der Stube umhergezogen. Ähnlich ging es einem andern Sanitätssoldaten, der aber auch ins Gesicht geschlagen wurde. Ein Wärter wurde vom Angeklagten oft abgeschüttelt und erhielt dazu Schläge auf die Backen. Bei der Frühstücksausgabe erhielt ein kranker Soldat auch — Ohrfeigen mit ausgeteilt! Ein anderer Kranker wurde mehrfach vom Angeklagten angepackt und kräftig abgeschüttelt und ein dritter namens Fröhlich auf das nackte Gefäß geschlagen. Dieser Soldat war geistig schwer krank und befindet sich jetzt in einer öffentlichen Irrenanstalt. Er erklärte eines Tages weinend dem Sanitätssoldaten, daß er die Behandlung im Lazarett nicht mehr ertragen könne und sich das Leben nehmen wolle. Mag sein, daß der Mann infolge seiner Krankheit sehr schwermütig war, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß Schneider sich in seiner Schamlosigkeit nicht scheute, sich an kranken Soldaten zu vergehen. Ganz arg hat es dieser Sanitäter mit dem Soldaten Schubert getrieben, der ebenfalls dort als Kranker untergebracht war. Er ist bei mindestens 15 verschiedenen Gelegenheiten ins Gesicht geschlagen, gepufft, abgeschüttelt und an der Nase gezwickt und gezerrt worden. Einmal zog ihm der Angeklagte die Bettdecke weg und schlug ihn aufs blanke Gefäß. Oft ist Schubert gekitzelt worden, einmal so sehr, daß er sich auf der Diele wälzte. Auch dieser Soldat hat einem Kameraden weinend die üble Behandlung geklagt. Alles das beging Schneider, wie festgestellt wurde, aus reinem Übermut, aus purer Lust am Quälen! Das Gericht nahm allenthalben „vorschriftswidrige Behandlung" und „minderschwere" Fälle an und hielt als angemessene und ausreichende Sühne eine Strafe von — sechs Wochen mittlerem Arrest!!

Geistige Mängel — trotzdem 1½ Jahre Gefängnis. Das Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps verurteilte den Musketier Stille von der 12. Kompagnie des Inf.-Reg. Nr. 161 wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, Beleidigung von Vorgesetzten in 16 Fällen, die der Angeklagte an einem Tage sich hatte zuschulden kommen lassen, zu 1½ Jahr Gefängnis. Stabsarzt Dr. Bardenheimer erklärte als Sachverständiger, daß es sich um einen geistig minderwertigen Menschen handele, dessen Handlungsweise man wegen geistiger Mängel milde beurteilen müsse. Stille wollte sich in der Arrestzelle das Leben nehmen, wurde aber daran gehindert. Erst steckt der Militarismus diese geistig minderwertigen Menschen, die für ihre Taten sich kaum Rechenschaft werden geben können, in die Uniform und dann ins Gefängnis!

Eindrücke aus dem sizilischen Erdbebengebiet.

Der Korrespondent der „Tribuna" gibt in einem Bericht an sein Blatt die Eindrücke wieder, die der Besuch von Linera und der anliegenden von der Verwüstung heimgesuchten Ortschaften hervorruft. Die vom Erdbeben betroffene Zone ist etwa 10 Kilometer lang und 4 Kilometer breit und so dicht mit Ortschaften besät, daß man sie für eine einzige Gartenstadt halten könnte. Ein Zuschauer, der aus der Höhe den betroffenen Aetnaabhang beobachten konnte, sagt, daß man ihn plötzlich von einem ungeheuren Staubstreifen bedeckt sah, den die berstenden und stürzenden Mauern aufwirbelten. Der furchtbare Sturm, der gleichzeitig mit den beiden Erdstößen eintrat, zerstreute dann den Staub und ließ die zerrissenen, vernichteten Ortschaften sehen. Der Stoß war so heftig, daß auch die erdbebensicheren Häuser zerstört wurden. Die Einwohner selbst schildern den Hergang als einen unvollkommenen Vulkanausbruch, bei dem die Lavamassen des Aetna den Abhang erschüttert hätten, um sich einen neuen Ausweg zu bahnen, ohne jedoch den Widerstand der Erdkruste überwinden zu können. Kein einziger der 1300 Einwohner von Linera wäre heil davongekommen, wenn der Erdstoß in der Nacht erfolgt wäre. Um 7 Uhr abends waren die Männer noch auf den Feldern und die Frauen auf den Straßen. Daher sind die Opfer fast ausschließlich Greise und Kinder.

Auf den Trümmerhaufen gewahrt man unzählige Heiligenbilder, die übrigens auch wie höhnend vor sechs Jahren auf die Ruinen von Messina blickten. Linera ist dem Telegraphenbeamten mit Namen Salvatore Patané zu großem Danke verpflichtet. Obwohl sein Haus über ihm zusammengebrochen ist und er verwundet wurde, hat er die ganze Nacht gearbeitet, um die Apparate wieder in Ordnung zu bringen, und hat so zuerst die Kunde von dem Unglück geben und Hilfe herbeirufen können. Als Vertreter der Regierung hat sich der Abgeordnete Mosca ins Erdbebengebiet begeben, gleichzeitig mit dem Bischof von Acireale, der gekommen war, um die Toten einzusegnen. Müde und gleichgültig blieb die Bevölkerung, ohne sich auch nur um die geistliche und weltliche Obrigkeit zu kümmern. Die Leute saßen zusammengekauert und erhoben sich nicht. Mit ihrem Häuschen haben sie ihr alles verloren. Sie wissen, daß sie es nicht wieder aufbauen können an derselben Stelle, die schon vor zwei Jahren vom Vulkan erschüttert worden ist. So brauchen sie nichts mehr und erwarten nichts mehr. Brot und Zelte hat man ihnen versprochen, und alles andere kann ihnen nichts nützen. Es liegt eine stumme Trostlosigkeit über allen. Die Leute wagen kaum ein lautes Wort zu sagen, als hätten sie Angst, den Vulkan zu wecken. Viele wollen nicht glauben, daß die Ihren tot sind. So verlangte ein Mann, der vier Söhne hatte, zwei Zelte. Man hält ihm entgegen, daß ja drei der Söhne tot sind, aber er bleibt dabei, daß sie zurückkommen werden. So hat er, da es an Zelten nicht fehlt, deren zwei bekommen; eines für des Tages Not, das andere, um die Illusion zu fristen. In Linera beträgt die Zahl der Toten 39, die der Verwundeten 120. Die hauptsächlichste Hilfeleistung kommt aus Catania, das sich auch beim Erdbeben von Messina so wacker gehalten hat. Ein Friedhof zwischen Civita und Zafferana ist in gräßlicher Weise zerstört worden. Zahlreiche verwesende Leichen sind aus den Kapellen herausgeschleudert und bieten einen entsetzlichen Anblick. Und auf diesem selben Friedhof, durch den der Riß des Aetnaabhanges mitten hindurchgeht, muß man jetzt die neuen Leichen zu bestatten suchen. So ist gräßliche Verwüstung überall. Nicht nur zahlreiche Menschenleben, sondern auch die Früchte vieljähriger Arbeit, die in mühseligem Terrassenbau die berühmten Weinberge geschaffen hat, sind vernichtet worden. Eine Episode des Jahrtausende währenden Kampfes zwischen dem Vulkan und den Menschen. Immer wieder schüttelt der Aetna sie ab, und immer wieder siedeln sie sich an seinen Abhängen an, um in Arbeit und Gefahr ihr tägliches Brot zu finden.

Aus der Jugendbewegung.

Das erste Landheim der Arbeiterjugend kann die Elberfelder Arbeiterjugend jetzt ihr Eigen nennen. Einige Wanderführer entdeckten vorigen Sommer tief im Bergischen Land, aber in günstiger Verbindung mit Elberfeld, ein altes unbewohntes Bauernhaus, das älteste von drei fern der Heerstraße liegenden Gehöften. Mit dem nachbarlichen Besitzer wurde man bald einig, und für einen halben blauen Lappen jährlich wurde das Haus gleich auf zehn Jahre gemietet. Zwar hat es genug Arbeit und Schweißtropfen gekostet, bis alles tüchtig gesäubert und instand gesetzt war. Aber zum Frühjahr war das Gröbste getan und am ersten Ostertag konnte das Landheim seiner Bestimmung übergeben werden. Es ist ein Bauernhaus, massiv aus Steinen aufgeführt, noch zur Hälfte mit Stroh gedeckt, von niedersächsischem Typus aus dem Jahre 1702. Den Scheunenraum benutzt der Besitzer weiter für seine Vorräte; das Landheim selbst umfaßt vier Stuben, Kellergelasse und einen bei großem Andrang als Notquartier zu benutzenden Heuboden. Zwei Stuben dienen als Schlafräume, für Jungens und Mädels getrennt, eine Kammer, die frühere Schlafstube, als Garderobe- und Rucksackraum, und eine große Stube als Küche und gemütlicher Aufenthalt. Mit der Einrichtung hapert's zwar noch etwas, aber Strohsäcke für 30 Personen sind da, das genügt vorläufig; das übrige wird so nach und nach dazu kommen. Vor dem Haus ist eine über zweihundert Jahre alte Linde, und der Wiesenplan um sie herum ist wie geschaffen für Spiel und Reigentanz; ein paar Schritte führen zu einem lustigen Bach, und weithin dehnen sich in der Umgebung die Wälder. Die Hauptsache aber: das Landheim liegt im Mittelpunkt eines weiten Wandergebiets; Sonnabends bereits werden unsere Elberfelder Freunde sich dahin aufmachen können, um, unabhängig vom Wirtshaus, von hier aus gleich Sonntag früh loswandern zu können. Ein Stützpunkt für Wanderungen, eine Zuflucht bei Unwetter, ein Jugendheim draußen in freier Natur: das soll das Landheim sein.

Aus Nah und Fern.

Die Rote-Kreuz-Sammlung und die klassenbewußten Arbeiter. In diesen Tagen fanden wieder allenthalben Blumentage statt, deren Ertrag diesmal dem „Roten Kreuz" zugute kommen soll. In der Gemeinde Fischeln bei Crefeld soll am 17. Mai ein Roter Kreuztag mit Festzug stattfinden, und der Bürgermeister als Vorsitzender der Fischelner Ortsgruppe des Roten-Kreuz-Vereins lud auch den Arbeiterturnverein hierzu ein. Der Arbeiterturnverein sandte auf die Einladung folgende würdige Antwort:

„Herrn Bürgermeister Steffen.

Von Ihrer freundlichen Einladung, am Festzuge des Roten Kreuztages am Sonntag, dem 17. d. M. teilzunehmen, kann der Arbeiter-Turnverein „Frei Heil" keinen Gebrauch machen. Wie Ihnen bekannt ist, wurde im vergangenen Jahre der Verein für politisch erklärt und sozialdemokratischer Tendenz beschuldigt. Es bestände somit die Gefahr, daß der ganze Festzug durch unsere Teilnahme für eine sozialdemokratische Demonstration seitens Ihrer vorgesetzten Behörde bewertet würde und dieser Fatalität möchten wir die anderen Vereine, die an dem Zuge teilnehmen, nicht aussetzen. Dann sind wir aber grundsätzlich Gegner des Krieges und seiner Greuel, meinen, daß die Welt soweit vorgeschritten ist, daß sich die Völker friedlich über ihre Interessen auseinandersetzen können, so daß der Krieg sich unter allen Umständen vermeiden läßt. Zum Schluß sind wir der Ansicht, daß der Reichstag, der bisher die Mittel bewilligt hat, um Wunden zu schlagen — Waffen, Kanonen, Gewehre usw. — auch die Mittel in genügendem Maße bewilligen mag, um die Wunden zu heilen.

Wir halten es für unnötig, daß die Mittel für das Rote Kreuz auf dem Wege privater Sammlung aufgebracht werden, meinen, daß die Bereitstellung von Mitteln für diese Zwecke Sache des Reichstages sei. Wir sind somit auch grundsätzlich Gegner einer Veranstaltung, wie sie für den 17. Mai für unsere Gemeinde geplant ist, unbeschadet unserer sonstigen Bereitwilligkeit, allen Bedrängten und Notleidenden hilfsbereit beizustehen.

Hochachtungsvoll ergebenst

Thelen."

Wenn Wilhelm II. reist. In der letzten Woche hat Wilhelm II. auf einer seiner vielen Reisen auch die Schweiz im Zuge durchflogen. Während kaum jemand Notiz von diesem Ereignis nahm, haben die Behörden mit Aengstlichkeit gewacht und eine fieberhafte Tätigkeit entwickelt. Nach den Vorkehrungen zu schließen, muß ihre Sorge nicht gering gewesen sein. Es wird darüber gemeldet:

„Die Arbeiten an Gleisen und Brücken wurden auf der ganzen Linie eingestellt. Schon Tage vorher wurde die Linie kontrolliert und kurz vor Durchfahrt nochmals nachgesehen. Zahlreiche Wachen auf der Strecke, bei Brücken und den Tunneldübergängen, sowie bei den Weg- und Straßenkreuzungen waren aufgestellt. Unübersichtlichen Stellen wurde besonderes Augenmerk geschenkt; namentlich wurde in Tunneln, Nischen und Kammern nachgesehen. Die Stellwerkanlagen wurden von Aufsehern und Monteuren kontrolliert, so daß alles prompt funktionieren mußte. Den Zug selbst begleiteten neben dem Zugspersonal einige Oberbeamte. Auch bei der Talfahrt und bei der horizontalen Strecke wurde der Zug mit zwei Lokomotiven geführt, um auch bei Defektwerden der einen die Fahrt fortsetzen zu können. Der Bahnhof in Basel war während der ganzne Dauer der Einfahrt und des Aufenthaltes des kaiserlichen Zuges für das Publikum gänzlich gesperrt."

Ganz nach preußischem Muster sind aber die Nachkommen des Wilhelm Tell doch nicht verfahren. Der kaiserliche Zug stand unter der Führung eines — Sozialdemokraten, mit dem Wilhelm II. während eines kurzen Aufenthaltes vor dem Gotthardtunnel sprach und — ihm die Hand drückte. Da dieser Genosse sogar Vertreter der Arbeiterschaft im Kantonsrat (Landtag) ist, hat Wilhelm II. hoffentlich die Erkenntnis mit nach Hause genommen, daß es sich unter einem sozialdemokratischen Zugführer ebenso sicher fährt, wie unter einem mit amtlich genehmigter Gesinnung.

Der Kronprinz zu Fuß.

Berliner Zeitungsnotizen zufolge ging der Kronprinz kürzlich zu Fuß durch die Leipziger- und Friedrichstraße nach dem Tiergarten. Eine große Menschenmenge folgte dem Thronerben auf Schritt und Tritt und beobachtete jede seiner Bewegungen.

Ach wie scheen, ach wie scheen,
Wenn man sieht den Kronprinz jehn!
Erst jetzt er det eene Been,
Dann jetzt er det andre Been.

Trotz der hohen Provenienisch
Jeht er wie een richt'jer Mensch,
Niemals looft er uff de Händsch
Mit die Beene überwendsch.

Durch die Leipz'jer Straße hin
Sieht man ihn vorüberziehn
Und die halbe Stadt Berlin
Bammelt sich an'n Rockschoß ihn.

Jeder jlotzt ihn deemlich an,
„Jott, wat für een scheener Mann!"
„Jott, und wat er alles kann."
„Und der Rock mit Troddeln dran!"

Schmeißt er seine Ziehjarn weg,
Langt ihn eener aus'n Dreck,
Jassen, Jlotzen, Halsjereck,
Schwanzwedel, Fußjeleck.

Und der Kronprinz denkt bei sich:
„Det sind Menschen? Wunderlich!
Donnerwetter, hätte ich
Bloß een Ende Wurscht bei mich!"

Franze aus Berlin in der „Jugend".

Mecklenburg.

Dies Land — kein andres kommt ihm gleich
Ringsum so fern wie nah,
Im ganzen heilgen Deutschen Reich
Steht unerreicht es da.
Der Junker hat sein Huhn im Topf,
Der Lehrer schanzt und karrt —
Der J — der A — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Dorläuchting selbst von Mecklenborch,
So sehr er sich beiut,
Er dringt mit nix und gar nix dorch —
Der Junker Trotz ist gut!
Sie pfeifen auf den armen Tropf,
Der stets noch ward genarrt —
Der J — der A — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Und wenn die letzte Säule bricht,
Das Preußenwahlrecht stürzt —
In Mecklenburg wird lang noch nicht
Dem Junker was verkürzt!
Er schlenkert mit dem heil'gen Zopf
Nach strammer Junker Art —
Der J — der A — der Ochsenkopf,
Der Ochsenkopf ist hart!

Knax.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Beim Nachfüllen von Kreuzstern **MAGGI's Würze** mit dem Kreuzstern

achte man darauf, daß die Würze aus Maggi's großer Originalflasche gefüllt wird; denn in diesen Flaschen darf gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden.

3888

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

1 zweischläf. **Bettstelle** mit Sprungfederm. bill. zu verk. Ludwigstr. 2, I.

Rüben

zu verkaufen. (3910
K. Spindler, Rauxauer Allee 5.

Täglich frischen Spargel
zu verkaufen. (3903
Matz, Klappenstraße 14 a, part.

Eine Glucke und Bohnen
(Hinrichs Riesen) zu verkaufen.
(3901) **W. Meier,** Torneuweg 4.

Rassekaninchen
zu verkaufen (3900) Weberstr. 19, I.

Meerschweinchen, weiße u. bunte **Ratten u. Mäuse** kauft jeden Posten
(3913) **Drews, Alter Bahnhof.**

Glucke mit Küken zu verkaufen.
(3882) Fackenburg, Segebergerstr. 29.

Einen Satz kräftige **Ferkel** hat zu verkaufen. (3883
H. Lange, Mori.

Aerztlicher Sonntagsdienst

am 17. Mai, von 1 Uhr ab: (3890
Dr. med. Raben, Hüxtertor-Allee 13.
Dr. med. Wex, Ratzeburg. Allee 2a.
Dr. med. Schlomer, Schw. Allee 9 a.

Neue Gesellschaft für Eutin u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Am Donnerstag, dem 21. Mai
(Himmelfahrt)
nachmittags 3 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in **„Stadt Altona"**
(W. Knickrehm).

Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen bittet 3892
Der Aufsichtsrat
F. A.: L. Schöning.

Achtung!

Schwartrente

Versammlung

am Montag, dem 18. Mai
abends 8½ Uhr
im **„Gewerkschaftshaus"**
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 2 Mitgliedern zur Lohnkommission.
2. Stellungnahme zu unserem Lohntarif.

3915) **Der Vorstand.**

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.

Adlershorst. (4)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Wilhelm-Theater.

48) Jeden Sonntag:
Große Ballmusik.

Hansa-Halle.

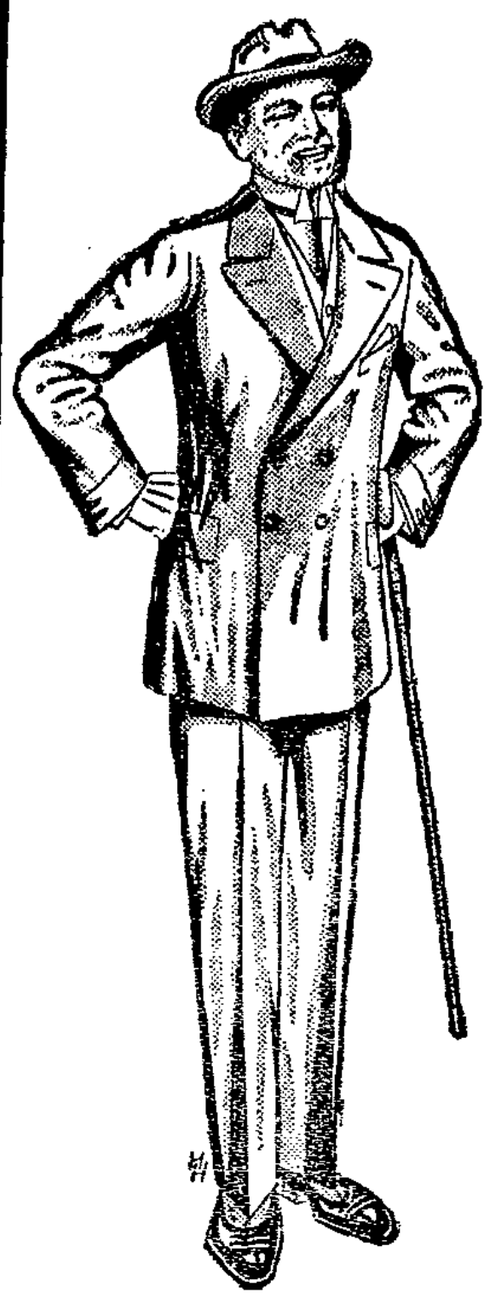
Jeden Sonnabend und Sonntag:
Tanzkränzchen.
Eintritt frei. (3906) **J. Rieck.**

Gasthof Genin.

Am Sonntag, dem 17. Mai
Großes Tanzkränzchen
Es ladet freundlichst ein (2902
H. Martens.

Decken Sie Ihren Pfingst-Bedarf

in Herren-Anzügen bei Markmann & Meyer.



Jeder neue Käufer wird durch einen Versuch die Zahl der treuen Kunden vergrößern!

Unsere Hauptpreislagen für Jackettanzüge

in dunkel und mittelfarbig gestreiften und gemusterten Cheviots und glatten Kammgarnstoffen

12⁵⁰ 16⁷⁵ 21⁰⁰ 26⁷⁵

Unsere Hauptpreislagen für Jackettanzüge

in feinster Ausführung, auf Roßhaar verarbeitet, aus deutschen u. engl. Phant.-Cheviots u. Kammg.

29⁵⁰ 34⁷⁵ 38⁵⁰ 42⁰⁰

Unsere Hauptpreislagen für Jackettanzüge

in blau und schwarz Kammgarn und Cheviot, ein- und zweireihig

21⁰⁰ 28⁵⁰ 35⁰⁰ 43⁰⁰ 52⁰⁰

Sommerpaletots in grün meliert **32⁰⁰ 26⁵⁰ 19⁵⁰**

Unter Preis! Ca. 40 zurückgesetzte einzelne Herrenanzüge Wert bis 32 M. Jeder Anzug **15** u. **10** Mark

Markmann & Meyer

Breite Straße 44-46. 3917

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

KaffeehausMoisling

Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzch.
Montag, am Markttage:
Grosse Tanzmusik.
Am Himmelfahrtstage:
GrossesKindertest
wozu sämtliche Kinder verkleidet werden. — Anfang 4 Uhr.
3857) **H. Siemers.**

Waldschlößchen

Bad Schwartau. 3918
Sonntag, den 17. Mai:
Großes Familien-Konzert.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Lichtspiele — Bad Schwartau.

„Der König der Lüfte"

3909) Großes modernes Schauspiel in 5 Akten.
Herrlich kolorliert
sowie das reichhaltige Programm.

Waisen-Hof Sonnabend u. Sonntag Tanz.

Konzerthaus Fünfhausen.

Heute Sonnabend: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Sonntag: Großes Tanzkränzchen. 3914

Neu-Lauerhof.

Jeden Sonntag: (3908
Gr. Tanzmusik.

Treff-

Konzerthaus „Flora".

Morgen Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.**
3907 Anfang 4 Uhr. **Max Siems.**

Sonntag, dem 17. Mai 3885

Neu! Konzerthaus „Friedrichshof" Neu!

Grosses Tanzkränzchen

im Genre eines **Schützenfestes,** welches in seiner Aufmachung **konkurrenzlos** dasteht, 20 prachtvoll dekorierte Lauben, Veranden usw.
Eintritt frei!
Zu regem Besuch ladet freundlichst ein **Gustav Müller.**

Motto: Eine Wohltat eigner Art
Ist und bleibt 'ne Wasserfahrt.

Trave-Dampfschiffahrt.

Von Sonntag ab täglich:
Lübeck-Schwartau (Waldhalle) und zurück.

Rote Flagge vorne. Richtung
Holstenbrücke Travepavillon) - Schwartau (Waldhalle) Drehbrücke-Struckfähre anlegend

ab Holstenbrücke	1.30	3.00	4.30	6.00	7.30	nachmittags
ab Schwartau	2.15	3.44	5.15	6.45	8.15	„

Richtung Grüne Flagge vorne
Sophienstraße (Mühlentor) - Schwartau (Waldhalle) Mühlentor, Hüxtertor und Struckfähre anlegend

ab Sophienstraße	9.30 morgens	1.45	3.30	5.10	7.00	nachmittags
ab Schwartau	11.00 „	2.35	4.20	6.10	8.00	„

Sonntag Extra-Dampfer von der Drehbrücke nach **Waldkater** 3, 4, 5 und 6 Uhr
ab Waldkater 3½, 4½, 5½ und 7 Uhr, nach Bedarf Extra-Dampfer.

Extra-Fahrten nach Lück (Walkmühle)
ab Holstenbrücke stündlich.

Gesellschaften, Klubs, Vereinen, den Herren Lehrern und Lehrerinnen stellen wir unsere eleganten Dampfer bei kulanten Bedingungen zur Verfügung.

3912) **Die Betriebsleitung.**

Weisser Engel

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
2354) **Bernh. Boldt.**

Konzerthaus
Zauberflöte.
Neue Damen-Kapelle
Damen-Streich-Orchester **Humor**
7 Damen, 1 Herr.
Anfang 7 Uhr.
SonntagsAnfang 4 Uhr.
3884) **Ludwig Kock.**

Kalnbergs Varieté.

Bunte Bühne.
Für das Familien-Publikum
10 erstklassige Solisten.
2 Possen 2.
Beginn 8½ Uhr. Eintritt 20 ₰
Sonntags 30 ₰
Ab 11½ Uhr: Kabarett.
Eintritt frei.
Sonntag:
Neue Künstler
3905 dazu:
Arm u. Reich
— Ein Souvenir. —

Stadthallen-Sommertheater.

Sonnabend, den 16. Mai,
Anfang 8¼ Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Großer Schlager
des Thaliatheaters in Berlin.
Neuheit! Größter Erfolg Gilberts.
Wenn der Frühling kommt.
Operettenposse von Kren u. Okonkowsky. — Musik von Jean Gilbert.
Sonntag, den 17. Mai,
Anfang 8¼ Uhr:
Zum zweiten Male
Wenn der Frühling kommt.
Montag, den 18. Mai,
Anfang 8¼ Uhr:
Erster Schwankabend. Zugkräftiges Repertoirestück des Hamburger Thaliatheaters.
Der ungetreue Eckehart
Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm.
Dienstag, den 19. Mai 1914,
abends 8¼ Uhr:
Zum dritten Male:
Wenn der Frühling kommt.
Von Jean Gilbert.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert,**
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel,**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu **allen** Vorstellungen Gültigkeit. (3828

Sommertheater

in Fritz Rittschers Hansatheater.
Dir. **Ernst Albert.**
Sonntag, den 17. Mai:
Humoristisch. Begrüßungsprolog
von **Albert.**
Hierauf:
Rin ins Vergnügen.
(Uraufführung.)
Große Posse mit Gesang u. Ballett nach der Erbtante v. Ernst Albert. Musik v. Edgar Simens, Gesangstexte von Paul Rich. Link.
Kassenöffnung Sonntags 4 Uhr.
Montag keine Vorstellung.
Dienstag, den 19. Mai:
Die gegenwärtig beste Lustspielnovität
Majolika
von Leo Walter Stein u. L. Heller.
Mittwoch, den 20. Mai
Der urkomische Schwank v. Laufs:
Ein toller Einfall.
Vorverkauf bei **Fr. Nagel u. Fr. Sager,** ebendaselbst Dutzendkarten, die zu **allen Vorstellungen** Gültigkeit haben. Diese können im Vorverkauf sowie an der Abendkasse gegen feste Plätze umgetauscht werden. (3869
Anfang stets 8¼ Uhr.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 113. Sonnabend, den 16. Mai 1914. 21. Jahrg.

Aus der Partei.

Internationaler Kongreß. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte als Vertreter der Fraktion zum Internationalen Kongreß in Wien die Genossen Ledebour, Bock, Richard Fischer und Dr. David; als Ersatzleute die Genossen Hofrichter, Hüttmann und Bernstein. Der Parteivorstand wird vertreten sein durch die Genossen Ebert, Scheidemann und die Genossin Zietz.

Ein Nachspiel zu den preußischen Landtagswahlen. Vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen war nach Beendigung der Landtagswahlen ein Büchlein herausgegeben worden, in welchem die Ergebnisse der öffentlichen Abstimmung mitgeteilt und die Namen derjenigen Geschäftsleute usw. aufgeführt wurden, welche die Gegner unserer Partei gewählt hatten. Ein erklärliches Verfahren, welches nun einmal die Konsequenz der öffentlichen Abstimmung ist. Aber diejenigen Leute, welche garnichts dabei finden, wenn das Unternehmertum Tausende und aber Tausende von streikenden und ausgesperrten Arbeitern auf die schwarzen Listen setzt, in der Absicht, sie wirtschaftlich zugrunde zu richten, taten höchst entsetzt über diesen „Akt von sozialdemokratischem Terrorismus". Eine furchtbare Treiberei begann. Die Gegner veranlaßten die in dem Büchlein aufgeführten Geschäftsleute, gegen den verantwortlichen Herausgeber, Parteisekretär Gen. Kohnen, eine Schadenersatzklage von 225 Mk. für jeden einzelnen wegen Geschäftsschädigung anzustrengen. Nachdem mehrere Termine stattgefunden haben, entschied nun die Zivilkammer des Elberfelder Landgerichts auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. So ist den angeblich Terrorisierten nun auch noch gerichtlich attestiert worden, daß ihnen keineswegs Unrecht geschehen sei, indem solche Begleiterscheinungen nun einmal zu den Schönheitsfehlern des herrschenden Wahlrechts zum preußischen Landtage zählen.

Die Maifeier in der Kirche. Aus Chur in der Schweiz kommt die Nachricht von einer eigenartigen Maifeier. Dort wurde der Arbeiterschaft die St. Martinskirche zur Verfügung gestellt. In breitem Zuge marschierten die Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Straßen der Kirche zu. Es war ein neuartiger Anblick, die Scharen der zukunftsgläubigen Sozialisten über die Treppen der Kirche schreiten zu sehen. Im Chor, unter den prächtigen Wandbildern, stellten sich die Arbeitersänger auf. Zehn rote Banner, die Fahnen der Gewerkschaften, flatterten vom Schiffe der Kirche. Schwer und wuchtig klingen alsbald die mahnenden Kampflieder des Männerchors. Dann steigt ein Genosse zur Kanzel und hält die Festrede. Als wäre eine heimliche Verabredung erfolgt, enthielten sich all die Hunderte Hörer jeder Beifallsbezeugung, obwohl die Reden und Kunstvorträge ihre Herzen ergriffen. Der Ernst der Halle hat sie in seinen Bann genommen. In tiefer Bewegung nahmen sie die Schönheit dieser Maifeier in sich auf. Die Weihe einer neuen, einer kämpferisch gestimmten Andacht hat die Massen ergriffen . . . Es ist wie ein Kapitel aus dem Roman eines Arbeiterdichters. Aber es ist mehr und größer: es ist Wirklichkeit. Die Maifeier in Chur trug übrigens auch sonst vorbildliches Gepräge. Man hatte eine Losung ausgegeben: „Möglichst alkoholfrei!" Und die Losung fand Verständnis und wurde befolgt. Ein Schweizer Blatt meint, wenn die Sozialdemokratie solche Beschlüsse zur Durchführung bringt, dann geht es dem Bürgertum schlimm. Das ist gewiß, daß hier neue Spuren tatfroher Arbeiterkultur in Sicht traten. Zugleich können die Zaghaftigen und Ungläubigen in unseren eigenen Reihen sehen, was alles möglich ist, wenn entschiedener Wille am Werke ist.

Die abgeblitzte Privatkrankenkasse. Von der Mannheimer „Volksstimme" wurde vor einiger Zeit das unlautere Gebaren der Krankenkasse für Handwerker, Kaufleute und Beamte (Sitz Darmstadt) bloßgestellt, und es wurden die Leser aufgefordert, dieser Kasse nicht zu vertrauen. Der Vorstand der Kasse fühlte sich beleidigt, weil die Kasse auf gleicher Stufe mit den Schwindelkassen stehend bezeichnet wurde. Die Verhandlung vor dem Mannheimer Schöffengericht endete mit einem Freispruch der „Volksstimme", nachdem recht erbauliche Dinge festgestellt worden waren. Ein angesehener Arzt führte den Nachweis, daß den kranken Kassenmitgliedern das ihnen zustehende Krankengeld widerrechtlich entzogen worden sei. Festgestellt wurde dann, daß die Kasse bei einer Einnahme von 60 000 Mk. im letzten Jahre an Krankengeld 19 000 Mk., für Arznei 5505 Mk. und an die Aerzte 1991 Mk. auszahlte, als Verwaltungsspesen aber die Hälfte der Einnahmen verbrauchte. Für 90 in Mannheim wohnende Mitglieder der Kasse wirkt der Sohn des klagenden Vorsitzenden Kaiser als „Subdirektor" und Kontrolleur. Beamte hat der „Direktor" jedoch nicht. Weiter wurde festgestellt, daß für 2200 Mitglieder der Kasse 22 Verwaltungsstellen unterhalten wurden und die Gründung nur den Zweck halte, die Familie Kaiser zu versorgen. Das Gericht hielt eine Bekämpfung dieser Kasse für gerechtfertigt.

Großer Sozialistenprozeß in Warschau. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit begann am 12. Mai vor dem Warschauer Bezirksgericht ein großer Sozialistenprozeß gegen zahlreiche Mitglieder der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.). Die Verlesung der Anklage wurde am 12. Mai nicht beendet und mußte am 13. Mai fortgesetzt werden. Vereidigt wurden am 13. Mai 150 Zeugen. Die Anklage lautet in der Hauptsache auf Geheimbündelei. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern.

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber die Verabschiedung der Tarifverträge im Baugewerbe und die Tätigkeit des Haupttarifamts wird uns mitgeteilt, daß am 29. und 30. April wiederum 36 Tarifverträge von den Zentralinstanzen unterzeichnet worden sind. Darunter befinden sich aus Ostpreußen die Verträge für Angerburg, Insterburg und Memel-Heydekrug; aus Schlesien der Vertrag für Münsterberg und aus Schleswig-Holstein der für Duvenstedt-Olvenstedt. Die Provinz Hannover ist mit den Verträgen für Nörten-Osnabrück und Sarstedt, und das Königreich Sachsen und Thüringen mit den Orten Brandis, Eisenberg, Greiz, Meißen, Neustadt-Orla und Weida beteiligt. Für die Provinz Sachsen kommen in Betracht Bitterfeld, Eilenburg, Halle a. S., Quedlinburg, Seehausen, Stendal und Zahna. Für die Pfalz sind die Verträge für die Orte Bergzabern, Bad Dürkheim, Edenkoben, Germersheim, Homburg, Kaiserslautern, Landau, Neustadt a. d. H., Pirmasens, Speyer, St. Ingbert und Zweibrücken, für Nord- und Südbayern Bad Aibling und Weißenburg und für Baden der Vertrag für Weinheim verabschiedet.

In der letzten Sitzung des Haupttarifamts, die vom 5. bis 7. Mai getagt hat, ist infolge der nicht vollzähligen Besetzung, die durch die Erkrankung eines Unparteiischen hervorgerufen wurde, der größte Teil von den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen unerledigt geblieben. Es sind nur kleine Sachen verhandelt worden. Vor allen sind die Anträge, die auf eine grundsätzliche Entscheidung abzielen, zurückgestellt worden. Auch die Fertigstellung der Tarifverträge, die von den Zentralorganisationen in denjenigen Fällen beantragt worden war, in denen nach der gesetzten Frist die Verträge örtlich nicht zustande gekommen sind, ist vorläufig unterblieben. Wie bereits früher mitgeteilt worden ist, kommen dafür in der Hauptsache das rheinisch-westfälische Gebiet und Thüringen mit über 500 Orten in Betracht.

Als einzige Entscheidung von einiger allgemeiner Bedeutung ist diesmal zu nennen: die nochmalige Erledigung des Lohnes für Einschaler im Betonbaugewerbe. Die Versuche der Unternehmer, durch Beschäftigung von Hilfsarbeitern bei dieser Arbeit den Lohn der Einschaler auf den Hilfsarbeiterlohn herabzudrücken, sind mißglückt. Das Haupttarifamt hat entschieden, daß für alle, außer den im Vertrag für Hilfsarbeiter vorgesehenen und demzufolge mit dem Lohn für Hilfsarbeiter zu entlohnenden Arbeiten, der Lohn der gelernten Arbeiter zu zahlen ist.

Die Fortbildungsschule im Dienst des Unternehmers. Zu Eilenburg streiken seit einigen Wochen die Formstecher, um der geradezu zu einer Gefahr für den wenig ausbreitungsfähigen Beruf gewordenen Lehrlingszüchterei Einhalt zu tun, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer einigermaßen erträglichen Lehrlingsskala an dem „Herrn-im-Hause"-Standpunkt einiger Unternehmer gescheitert waren. Ergab doch eine kurz vor Ausbruch des Konflikts gemachte Aufnahme, daß bei 49 am Orte beschäftigten Gehilfen 32 Lehrlinge „ausgebildet" wurden, eine Zahl, die im Verhältnis zum Bedarf unerhört genannt werden muß, da es den Ausgelernten kaum möglich ist, im Beruf Arbeit zu bekommen. Da einige Lehrlingszüchter sich absolut zu keinem Vergleich bequemen wollten, wurde der Streik erklärt. Jetzt kommt die Leitung der gewerblichen Fortbildungschule den bedrängten Lehrlingsausbeutern zu Hilfe, indem sie die Mehrzahl der fortbildungsschulpflichtigen Formstecherlehrlinge vom Schulbesuch dispensiert. Das Empörendste an dem Eingreifen der Schulleitung in dem Kampf zwischen Arbeiter und Unternehmer ist, daß dieser Kampf gerade im Interesse einer gesunden Lehrlingsausbildung geführt wird, und die „dispensierten" Lehrlinge also gezwungen sind, ihre eigenen Interessen mit Füßen zu treten. Diese Maßnahme der Schulleitung, — selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wurden bisher die Schüler nicht vom Unterricht dispensiert — zeigt aufs neue, daß die von den Unternehmern als notwendiges Uebel betrachtete Fortbildungsschule im Zeichen der Jugendpflege nichts anderes ist als ein Instrument zur Bekämpfung der Arbeiter.

Ganz Dänemark für Buchbinder gesperrt! Die dänischen Buchbinder haben den am 1. Juli ablaufenden Landestarif gekündigt und den Unternehmern einen Tarifentwurf unterbreitet, der von den Unternehmern mit einem Gegenentwurf beantwortet ist. Die Unternehmer scheinen sich nun auf einen Kampf vorzubereiten und versuchen Arbeitskräfte in Deutschland zu werben, wie aus verschiedenen Anfragen deutscher Buchbinder beim Vorstand des dänischen Buchbinderverbandes hervorgeht. Besonders soll es die Kopenhagener Firma Petersen & Petersen sein, die in deutschen oder Berliner Blättern Buchbinder sucht. Da jetzt das Geschäft im allgemeinen in Kopenhagen daniederliegt, so ist zu erwarten, daß die so gesuchten Buchbinder nur gegebenenfalls als Rausreißer gegen ihre dänischen Kollegen verwandt werden sollen, um diesen von vornherein ein Durchsetzen ihrer Forderungen unmöglich zu machen oder doch zu erschweren. Der Vorstand des dänischen Verbandes hat deswegen beim Internationalen Buchbindersekretariat beantragt, die Sperre über ganz Dänemark zu verhängen. Also, Buchbinder, keine Stellung nach Dänemark annehmen!

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 6. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Patzkes Geist. — Der amerikanisch-mexikanische Konflikt. Von Heinrich Cunow. — Der sächsische Landtag. Von H. Fleißner. — Noch einmal die Rechenfehler in der Witwen- und Waisenversicherung. Von Hermann Molkenbuhr. — Die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Von Paul Lange.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 7. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Um die Legion. — Arbeiterlöhne und Teuerung in Westeuropa und Deutschland. Von K. Kautsky. — Feuilleton: Die erste Stunde in der Fabrik. Von S. Nestriepke.

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 17 des 24. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Gebärzwang und Gebärstreik. II. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XVI. (Schluß.) Von Anna Blos.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(44. Fortsetzung.) **Nachdruck verboten.**

Pauline wollte etwas erwidern, besann sich jedoch, stand auf und verließ das Zimmer. Als sie auf der Straße anlangte, fühlte sie, daß ihr der Kopf schwindelte; sie ging daher zu Fuß nach Hause. Hier traf sie Pawlinow bei ihrem Manne, der völlig verändert und beunruhigt aussah. Die junge Frau erriet sofort, daß Orwadse bereits seine Maßregeln getroffen hatte.

„Würde man dieses alles gewußt haben," meinte Pawlinow, „so hätte man Sie gar nicht mit dem General zusammengebracht. Jetzt ist die Sache noch viel schlimmer geworden."

„Aber Sie haben mir selbst den Rat gegeben . . ."

„Ja . . . konnte ich aber ahnen, daß Sie ihm solche Unhöflichkeiten ins Gesicht sagen würden? Jetzt will er Ihnen eine Lektion geben. Sie sind selbst daran schuld . . . Sie sind zu stolz . . ."

Pauline blickte den Beamten verwundert an, antwortete jedoch kein Wort.

XV.

Die junge Frau war weniger darüber erschreckt, daß sie auf einem Bauernschlitten, von einem Soldaten eskortiert, die Reise antreten sollte, als vielmehr bei dem Gedanken, was unter diesen Umständen aus ihrem Kindchen, dem kleinen Andrej werden würde. Als sie von Sachsen nach St. Petersburg übersiedelten, da bebte ihr Herz schon bei jedem Temperaturwechsel, obwohl der Kleine in der Kalesche in einer warmen Wiege lag. Die Ehegatten hatten die Wiege zwischen sich auf die Sitze gestellt und ertrugen alle Mühen und selbst schlaflose Nächte, um ihren Liebling zu hüten. Und jetzt sollte sie ihren kleinen Engel nur unter ihren Pelzmantel legen, wie sie es oft bei den Bäuerinnen gesehen hatte, die auf diese Weise ihre Kinder gegen die strenge Kälte zu schützen pflegten? Der Gedanke, daß sie und ihr Kindchen in einem einzigen Pelze sich teilen sollten, war ihr entsetzlich . . .

Während Jegor ganz und gar den Kopf verloren hatte und keinen vernünftigen Gedanken zu fassen vermochte, grübelte Pauline lange Zeit nach und kam endlich zu dem Entschlusse, mit ihrem Gatten und ihrem Kindchen ins Ausland zu fliehen. Unwillkürlich dachte sie daran, wie sie vor ihrer Verheiratung mit ihrem Verlobten irgendwo sich zu verbergen beabsichtigte, damit ihr Vater sie nicht fände . . . und jetzt sollte sie sich vor ihrem früheren Stubenmädchen verstecken?

Am Abend äußerte Pauline zu ihrem Gatten, ihr Kindchen würde sicher auf der Reise nach Kasan sterben; sollten sie auch später ihre Freiheit wiedererlangen, so würde ihr Söhnchen trotzdem zugrunde gehen. Die einzige Rettung liege in der Flucht.

Milowanow redete keine Silbe; er war blaß, wie der Tod.

„Was fehlt Dir?" fragte sie erschreckt.

„Nichts," entgegnete er.

„Fürchtest Du Dich, zu fliehen? Was kann man uns denn antun, wenn man uns ergreifen sollte? Während wir im Verborgenen leben, kann unser Anwalt den Prozeß für uns führen, und ich bin überzeugt, daß derselbe zu unseren Gunsten entschieden werden muß. Morgen in der Frühe kaufen wir uns in aller Stille Wagen und Pferde und reisen nach Sachsen. Wem sollte es auch einfallen, uns zu verfolgen?"

Milowanow schwieg.

„Was fehlt Dir? Fürchtest Du Dich, oder scheint Dir mein Vorschlag unausführbar zu sein?"

„Das weniger . . . ."

„Dann hast Du also Angst?"

„O nein . . . weshalb sollte ich mich denn fürchten?"

„Aber was ist Dir denn eigentlich?" rief Pauline ein wenig ungeduldig.

Voll Angst blickte Milowanow seine Frau an, dann sagte er kaum hörbar:

„Und . . . der Engel?"

Pauline antwortete nicht gleich; sie hatte den ganzen Tag nur an ihren kleinen Sohn gedacht, nicht aber an „das andere Kind" ihres Mannes.

„Nun, wir behalten doch unsere Wohnung," entgegnete sie, „und der Engel bleibt hier so lange stehen, bis wir zurückkehren."

„Nein, nein," entgegnete er, während er verzweiflungsvoll den Kopf schüttelte. „Nein, man wird unser ganzes Hab und Gut polizeilich mit Beschlag belegen und alles der Gutsbesitzerin zuschicken, und diese wird „ihn" zerschlagen . . . . Ja, man wird ihn nicht einmal fortschicken, sondern einfach zur Seite werfen . . . . Was nützt ihnen auch eine steinerne Puppe, selbst wenn diese ein Engel ist! Uebrigens hat ihm ja auch niemand seine Aufmerksamkeit geschenkt . . . nur ein alter Mann . . ."

„Nun, so opfere Deinen Sohn für diese steinerne Puppe!" antwortete sie leise, aber mit Nachdruck.

„Das habe ich nicht gesagt . . . Man muß einen anderen Ausweg ersinnen . . ."

Er stockte plötzlich.

„Was . . . aussinnen!" rief Pauline. „Du weißt Dir entschieden selbst keinen Rat . . . Wenn wir zu Fuß gehen sollen, dann bleibt unser Hab und Gut doch hier . . . Wir können nicht etwa Deinen Engel, in einer Kiste sorgsam verpackt, auf einer Fuhre hinter uns her fahren lassen. Wir gehen zu Fuß, und der Engel fährt . . . . das wäre nicht schlecht! Nein, Jurz, jetzt mußt Du bloß an Dich und Dein Kind denken, nicht . . ."

Pauline schwieg; denn sie wollte die Worte „steinerne Puppe" nicht wiederholen.

„Ganz wie Du willst! Sage mir nur abends vorher, wenn wir am nächsten Morgen fliehen wollen, und ich werde dann schon selbst ein Ende mit ihm machen."

„Wie . . . Mit wem denn?

„Ich nehme eine Axt oder ein Brecheisen und zerschlage ihn in kleine Stücke. Jedenfalls ist es besser, wenn ich es tue, als wenn erst andere sich an das Zerstörungswerk machen . . ."

„Das ist kindisch," versetzte Pauline mit tränenerstickter Stimme. „Bist Du böse, oder willst Du Dich an jemand rächen?"

„Was redest Du da . . . . Gott verzeihe mir meine Sünden!"

„Natürlich, ich trage die Schuld an allem, weil ich wie ein Kind gehandelt habe," versetzte Pauline voll Bitterkeit. „Was sollen wir jetzt anfangen? Wir müssen den Engel einpacken und jemand zum Aufbewahren übergeben, eine Arbeit, die höchstens zwei Stunden in Anspruch nimmt. Leibeigene haben ja auch das Recht, ihre Habe zu verschenken. Bitte, Jegor, gehe doch augenblicklich nach oben zu der Beamtenfamilie und bitte den Herrn, er möge die Kiste gegen jede beliebige Entschädigungssumme in Verwahrung nehmen! Die Familie gefällt mir sehr, die Frau sowohl wie die Tochter . . . Schade, daß wir nicht schon früher ihre Bekanntschaft gemacht haben! Gehe doch sogleich hinauf!"

Milowanow stieg in die zweite Etage hinauf. Der Herr, welchen er aufsuchen wollte, war ein Senatsbeamter; persönlich kannten sich beide nur insofern, als sie sich jedes Mal, wenn sie einander auf der Treppe begegneten, grüßten.

Pauline wartete voll Ungeduld auf ihren Mann; sie hielt ihr Kindchen auf ihrem Schoße und blickte dasselbe unsagbar traurig an.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbier

Für jede Jahreszeit geeignet!

gewonnen aus dem hochbewerteten Paraná-Tee (brasilianischer Tee).

Anregend, erquickend, naturrein, ohne Alkohol.

Eingeführt b. d. Kaiserl. Marine, Offizier-Kasinos, Sanatorien usw.

Kleinod für jeden Haushalt und Familientisch.

Zugelassen auf der Ausstellung für Gesundheitspflege Stuttgart (Mai—Oktober 1914).

Deutsche Matte-Industrie, G. m. b. H., Köstritz.

Dr. G. Nickell,
i. Fa. **Happ & Linnartz,**
Lübeck, Wakenitzstraße 6.
Fernsprecher 1070.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben oder direkt von obiger Firma. (3895)

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46

Polsterlofas	48 Mk.
Polstergarnituren . . .	85 Mk.
Polstergarnituren . . .	95 Mk.
Polstergarnituren . . .	110 Mk.
Polstergarnituren . . .	125 Mk.
Polstergarnituren . . .	165 Mk.
Polstergarnituren . . .	210 Mk.

Zuschnitte von Garnituren schon geliefert. Möbelhaus Wahnstraße 83. Inhaber Fachmann. (3872)

Windrichs & Co., Johannisstr. 1
Spez.-Abteil. Trauerkleidung (3891)

Schillerwerke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Rasieren 10 ₰
Haarschneiden 30 ₰
bei schneller und sauberer Bedienung **nur** im (3891

Frisier-Salon Mengstr. 18.

Reklame. Hausstand nur 375 Mk., auch einzeln, best. aus mod. Garnitur 90 Mk., Ausziehtisch 18 Mk., Trumeau geschliffen 35 Mk., Vertiko reich geschnitzt 55 Mk., 2 engl. Bettstellen mit Einl. 70 Mk., Waschk. mit Marmorpl. u. Spiegel 24 Mk., 2tür. Kleiderschr. 45 Mk., Küchenschr. m. Aufl. 25 Mk., Tisch 8 Mk., 2 Stühle 5 Mk., Vern. Büfett 125 Mk., Schreibt. 65 Mk., Lederst., Sofa 48 Mk.
(3413) **Möbelhaus Filiale Wahnstraße 83.** Inh. Fachmann.

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln

sind zum Preise von 50 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Eisenbier

(3896)

Persil

In's Riesenhafte
wächst von Tag zu Tag der Gebrauch von **Persil.**

Das selbsttätige Waschmittel
für jede Art von Wäsche.

Persil wäscht, bleicht und desinfiziert

gleichzeitig, ist **garantiert unschädlich,** einfach in der Anwendung und ermöglicht müheloses, schnelles und billiges Waschen.

Nehmen Sie keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver etc. Sie beeinträchtigen dadurch nur die Wirkung von Persil und verteuern unnütz dessen Gebrauch.

Ueberall erhältlich. Niemals lose. HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Allein. Fabrikanten auch der allbeliebten Nur in Original-Paketen.

3889

Puck

Die Qualitäts-

3 Pf

Cigarette

3887

Heines Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Heilmagnetische Krankenbehandlung
(3781
Karl Haase
Lübeck, Wickedestraße 13.
Sprechstund. v. 2 bis 8 Uhr nachm.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 47

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Eisenbier

(3895

Die besten

Zähne 1.80 M

mit echten Platinstiften
in geeigneten Fällen
3916) **Diadozix.**

Ganz. Gebiß, 28 Zähne 50 Mk.

Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier!

300 Mk. Belohnung

demjenigen der mir nachweist daß ich höhere Preise als 1.80 Mk. pro Zahn mit Kautschukplatte fordere.

Umarbeitung nichtsitz. Gebisse.
Plombierungen.
Zähne ohne Gaumenplatte.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung
1 Mk. 1 Mk.

Zahn-Praxis
Ernst Haus
Lübeck
Mühlenstraße 1—3, I.
Sprechz. 9—12 u. 2—8 Uhr.

Carl Folkers

Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
40) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
Jeder praktisch arbeitende Mann
kaufe seine
Arbeitskleidung
sehr billig und gut
bei (3886
Johannes Holst
Kohlmarkt 6. Markt 6.
Filiale in Stockelsdorf.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
220) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Eisenbier

(3896